

BULLETIN

NUMMER 1 | MÄRZ 2021



ALTERNATIVE
DIE GRÜNEN ZUG

- * 4 Frauenstimmrecht - Männer waren das Nadelöhr *
- * 6 Frauenstimmrecht - Keine Ruhe geben *
- * 11 Pandemie - Psychische Gesundheit *
- * 18 Energie - Power fürs Klima *
- * 22 Flucht - Pandemie im Lager *

2 Inhaltsverzeichnis

3 Editorial

Feste feiern wie sie fallen

4 Frauenstimmrecht

Männer waren das Nadelöhr

6 Frauenstimmrecht

Keine Ruhe geben

10 Frauenstimmrecht

Konservative dagegen

11 Pandemie

Psychische Gesundheit

12 Kantonsrat

Massentest an Zuger Schulen

14 Pandemie

Kleine Spritze – grosse Wirkung

18 Energie

Power fürs Klima

21 Nationalrat

Frühlingsession

22 Flucht

Pandemie im Lager

24 Doku-Zug

Ein grosser Effort

25 Grünspecht

Der Blick versperrt

26 Gestreift

27 Service

Kino

Veranstaltungen

Adressen

Impressum

«Mission statement»

Das BULLETIN ist eine unabhängige Kommunikationsplattform des alternativen Zug und wird von folgenden Gruppen getragen:

Alternative – die Grünen Baar

Alternative – die Grünen Menzingen

Alternative – die Grünen Unterägeri

Alternative – die Grünen Stadt Zug

Alternative – die Grünen Zug

Forum Oberägeri

Grünes Forum Hünenberg

Grüne Risch-Rotkreuz

Grüne Steinhausen

Alternative – die Grünen Cham

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Soziale Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten
- Ökologische Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und der Natur

- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen.

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei. Autorinnen und Autoren der BULLETIN-Beiträge sind frei in ihrer Meinungsäußerung.

Redaktion und Herausgeberverein
«Das BULLETIN»

Titelbild

Das Bild stammt vom Frauenstreiktag am 14. Juni 2019 in Zug.

Feste feiern wie sie fallen

Marianne Aepli, Präsidentin AdG Menzingen, master in cultural&gender studies

Obwohl ich der Einführung des Frauenstimmrechts nicht wirklich einen Festcharakter einräume, dem Jubiläum genauso wenig, freut es mich doch, dass die Geschlechterthematik mit mässiger Wucht wieder in den gesellschaftlichen und politischen Fokus gerückt ist. Denn hier fällt gar nichts von selbst ins Licht, kein Fest und es fällt auch nichts vom Himmel. Das Fallen generiert sich vielmehr aus der Schwerkraft, der Erdanziehung, Scholle, Tradition und Patriarchat. Die Einführung des Frauenstimmrechts ist ein Emporkommen, ein Aufbruch, im historischen Vergleich mit anderen Ländern Europas aber auch kein Ruhmesblatt, keine Moderne. Entstanden auf Druck von innen und aussen, eine spät eingeräumte Zustimmung zur politischen Gleichstellung der Geschlechter.

Und so sieht es auch heute noch aus, keine Moderne. Rechtliche oder gesellschaftliche Gleichstellung ist auch nach 50 Jahren Frauenstimmrecht nicht umgesetzt, der zähen Scholle Tradition verhaftet: Vater- und Mutterschaftsurlaub statt Elternzeit, Militärpflicht für Männer statt Gesellschaftsdienst für alle, diverse Quoten für politische Ämter ohne Geschlechterquote, auf volle Erwerbstätigkeit ausgerichtete Sozialversicherungen, Lohnungleichheit und viele Hürden auf dem Weg zur Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit, keine Individualbesteuerung. Gendergaps zuhauf.

Und die Bilanz? Es ändert sich doch, genauso zäh und langsam wie in den Nuller- bis Siebzigerjahren des letzten Jahrhunderts. Es braucht Zeit und Ausdauer. Es braucht Aufbruch, Aufstand, Widerstand, Hartnäckigkeit, langen Atem, Geduld ohne Duldsamkeit von Diskriminierung. Viel wichtiger als das Diskutieren einer Schuld-



frage ist der Einbezug der Erkenntnisse aus dem harzigen Prozess zur Einführung des Frauenstimmrechts auf die aktuelle Zeit, auf gleichwertige politische Teilhabe.

Wenn wir heute bereits etwas ungläubig auf 1971 schauen und ständige Veränderungen zur Herstellung von Gleichwertigkeit zwischen den Geschlechtern erleben, nutzen, teilweise auch als Selbstverständlichkeit annehmen, lehrt uns die Geschichte weiteres. Vergleichbar mit dem Ausschluss der Frauen an politischen Rechten, lassen wir unsere Jugendlichen lange auf ihr Stimmrecht warten, lassen wir Nichtbürger*innen, auch als steuerzahlende und integrierte Menschen, nicht teilhaben, 2021. Jedes Jahr besuchen Schulklassen der Oberstufe Menzingen die Gemeindeversammlung vor Ort. Die Schülerinnen und Schüler werden eingeweiht in die Abläufe unserer Politik, Gewaltentrennung, direkte Demokratie, im Falle von

Menzingen immer auch in Bezug auf Anträge, Gegenanträge, Rückweisungsanträge. Spannender Abendunterricht. Die frisch eingeweihten 14- bis 16-Jährigen sind interessiert, verfolgen Voten und Gegenvoten aufmerksam. Dürfen selber nicht abstimmen und auch nicht mitreden und das auch für die nächsten zwei bis vier Jahre nicht. Sowohl ein pädagogisches, wie auch politisches Paradoxon: Motivieren, animieren, Wissen vermitteln, Eigenverantwortlichkeit aufbauen und dann abbrechen, verbieten, auf die lange Bank schieben.

Den Speck durchs Maul ziehen und das war's: «Warte, bis du 18 bist!» Partizipation sieht anders aus und der Kanton Glarus hat mit dem Stimmrechtsalter 16 keine schlechten Erfahrungen gemacht. Das Stimmvolk Schweiz überaltert zusehends. Dass aktuell die Staatspolitische Kommission des Ständerates einen neuen Gesetzestext zur Einführung des Stimmrechtsalters 16 ausarbeitet ist im Wesentlichen ein Erfolg der Grünen. Dranbleiben.

In 605 Gemeinden aus sieben Kantonen der Schweiz verfügen Ausländer*innen über ein lokales Stimm- und Wahlrecht. Auch aus diesen Gemeinden wird von positiver Erfahrung und Wirkung berichtet. Also vorwärts, SP und Grüne sind dran. Dranbleiben. Gleichstellung stellt sich nicht von selbst ein. Und schon gar nicht, solange grosse Gruppen von der Mitsprache ausgeschlossen sind! ■

Männer waren das Nadelöhr

Josef Lang

4 Warum stimmten zwei Drittel des Männervolks 1959 gegen das Frauenstimmrecht? Wie kam es dazu, dass zwölf Jahre später zwei Drittel der Männer dafür waren? Das sind die Schlüsselfragen, um für den Schweizer Sonderfall eine Erklärung zu finden.

Bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs kannten auch andere europäischen Länder, insbesondere die drei katholischen, Frankreich (1944), Italien (1946) und Belgien (1948), kein Frauenstimmrecht. Der Sonderfall beginnt gleich danach.

Die Frage nach dem eidgenössischen Sonderfall wird noch schärfer angesichts der Tatsache, dass die Schweiz 1929 dem Frauenstimmrecht näherstand als 1959. 1929 kamen für eine, von 13 Frauenverbänden gestartete und den beiden Linksparteien unterstützte, Petition 250 000 Unterschriften zusammen. Das entspräche heute 600 000 Unterschriften. Gut 170 000 Frauen und knapp 80 000 Männer hatten unterschrieben. Das Frauenstimmrecht dürfte zwar auch 1929 an einer Mehrheit der Stimmen und erst recht der Stände gescheitert sein. Aber das Resultat wäre nicht so katastrophal ausgefallen wie dreissig Jahre später.

Drei grosse Regressionen

Was war in der Zwischenzeit passiert? Eine erste Regression bedeutete die Infragestellung der weiblichen Berufstätigkeit in den 1930er Jahren. So führten die Katholisch-Konservativen eine Kampagne gegen das «Doppelverdienstertum» durch. Jungkonservative wollten den Frauen die ausserhäusliche Arbeit völlig verbieten. Der Katholische Frauenbund, der selber das Frauenstimmrecht ablehnte, war über die eigene Parteijugend derart entsetzt, dass er sie mit den «Herrenmenschen Mussolinis» und «Hitler-Deutschland» verglich. Aber etliche der Jungen der 1930er Jahre waren die Politiker der 1950er Jahre.

Während des Krieges wurde die faktisch gestiegene Berufstätigkeit

der Frauen statistisch unterschlagen. Diese fand vor allem in karitativen Bereichen und in der Landwirtschaft statt oder war Teilzeitarbeit. Die Basler Historikerin Regina Wecker verbindet die Verschleierung der weiblichen Leistungen und die Überbetonung der männlichen mit der Verschleierung der «Nützlichkeit für den Gegner» und der Überbetonung der militärischen «Abwehr gegen den Feind». Der Rückzug ins Reduit, der aus den meisten Grenzsoldaten wieder Arbeiter und Angestellte machte, diente nicht zuletzt der «Aufrechterhaltung der (Geschlechter-)Ordnung». Ein «stärkerer» und damit «sichtbarer» Einbezug von Frauen in die marktorientierte Wirtschaft hätte sowohl die männliche Hegemonie gefährdet als auch die Siegerpose der Armee unglaubwürdig gemacht.»

Die Lebenslüge der Nachkriegs-Schweiz, sie verdanke ihre Verschonung primär der militärischen Abwehrbereitschaft und nicht der wirtschaftlichen Kollaboration, hängt eng mit der verschärften Ausgrenzung der Frauen zusammen. Zudem erlaubte es das Reduit, die Einheit von Männer-Staat und Männer-Heer und den Gegensatz von Wehrmann und Hausfrau im Kalten Krieg zu reaktivieren.

«Korrelat der Wehrpflicht»

Der Bundesrat brachte diese Geschlechtertrennung 1957 in seiner Botschaft zum Frauenstimmrecht auf den Punkt: «Das Stimmrecht wird als Korrelat der Wehrpflicht aufgefasst.» Unter Verweis auf die Landsgemeinde schreibt er weiter: «An ihr konnte nämlich nur der waffenfähige Bürger mitreden. Da als waffenfähig der Mann allein galt, konnte nur er als stimm- und wahlberechtigt angesehen werden.» Diese Ideologie, die ein fester Bestandteil der Geistigen Landesverteidigung war, war in der Romandie viel schwächer verankert. Hier liegt die Haupterklärung für die Ja-Mehrheiten in den Kantonen Genf, Waadt und Neuenburg.

Neben dem grossen Röstigraben gab es einen – allerdings kleineren – Konfessionsgraben. Bei einem durchschnittlichen Ja-Anteil von 33,1 Pro-



Plakat des «Frauenkomitees gegen das Frauenstimmrecht» von 1959. (Bild: Plakatsammlung SFG Basel)

zent lag der protestantische bei gut 37 Prozent und der katholische bei etwa 25 Prozent. Bei den Katholiken, deren Kirche selbst in den Städten immer noch im Dorf stand, wirkte das, was der nationalrätliche Hauptsprecher gegen das Frauenstimmrecht so formulierte: «Der männliche Priesterstand schliesst in allen Graden und Funktionen die Frau aus».

Ab der zweiten Hälfte der 1960er Jahre erfahren sowohl der Militarismus als auch der Klerikalismus eine Aufweichung. Es ist kein Zufall, nimmt die Zahl der Militärverweigerer zwischen 1966 und 1971 ebenso spektakulär zu wie die der männlichen Frauenstimmrechtsbefürworter. Die Zahl der Verweigerer wuchs von 40 (1965) auf 122 (1966) und steigerte sich bis 1971 auf 227. Wie dramatisch die Erosion der Einheit von Bürgersoldat und Männlichkeit war, zeigen die zahllosen Konflikte um die Haarlänge im Militär und im Zivilen. Lange Haare waren der doppelte Beweis für eine unmilitärisch-weibliche Haltung und für eine armeekritische Einstellung. Die Schweizer Männer wurden reif für das Frauenstimmrecht, als sie begannen, längere Haare zu tragen. Gemäss bundesrätlicher Einschätzung vom Sommer 1969 seien «bei den Jungen wohl 90 Prozent oder noch mehr für das Frauenstimmrecht».

Öffnung im Katholizismus

Innerhalb des Katholizismus kam es zwar nicht zur kirchlichen Gleichberechtigung der Frauen. Aber die Stärkung der Laien durch das Konzil (1962-1965) nützte auch ihnen und schwächte den Klerikalismus. Diese Entwicklung fand ihren stärksten Ausdruck in der Stimmrechtsfrage. Der Ja-Anteil der katholischen Männer stieg zwischen 1959 und 1971 von 25 Prozent auf gut 60 Prozent. Damit lag er immer noch unter dem Durchschnitt von 65,7 Prozent, aber der konfessionelle Graben war kleiner geworden. Immer noch gross

war der Sprachengraben. Lag der Ja-Anteil 1971 in der Romandie deutlich über 80 Prozent, gelangte in der Deutschschweiz nur Baselstadt auf diese Höhe. Im Kanton Zug stieg der Ja-Anteil von 24 Prozent auf 60 Prozent. Allerdings hatten von den elf Gemeinden nur vier zugestimmt: Zug, Baar, Cham und Steinhausen. Bei der gleichzeitigen Abstimmung über das Frauenstimmrecht auf kommunaler und kantonaler Ebene stimmten 62 Prozent Ja. Hier gab es zusätzlich in Unterägeri und Risch Ja-Mehrheiten.

Für den spektakulären Ja-Sprung von 33,1 Prozent auf 65,7 Prozent innert zwölf Jahren werden auch andere Erklärungen vorgebracht. Die am stärksten verbreitete ist definitiv falsch: die Modernisierung von Haushalt und Arbeit. Die weibliche Berufstätigkeit war seit den 1880er Jahren nie so tief wie 1971. Sie betrug bloss 28 Prozent, obwohl die Ausländerinnen, die zur drei Vierteln berufstätig waren, den Durchschnitt anhoben. Wer das deutliche Ja zum Frauenstimmrecht 1971 mit strukturellen Veränderungen in der Frauenwelt erklärt, ist daran zu erinnern, dass die meisten Frauen bereits in den 1950er, wahrscheinlich schon in den späten 1920er Jahren für das Frauenstimmrecht waren. Das «Nadelöhr» für das Frauenstimmrecht bildeten, wie das Peter von Roten, der Ehemann der «Laufgitter»-Autorin Iris von Roten, schon in den 1950er Jahren betont hat, die Männer. ■

Etter gegen das Frauenstimmrecht

Am 28. Dezember 1956 führte der Bundesrat eine Aussprache zum Frauenstimmrecht durch, die im folgenden Jahr zur Botschaft und schliesslich zur Abstimmung führte. Das Protokoll ist besonders interessant, weil alle sieben Mitglieder der Landesregierung das Wort ergriffen. Der grundsätzlichste Gegner war Philipp Etter: «Es handelt sich hier um eine Zersetzungserscheinung auf Grund einer Überbewertung des Politischen und Staatlichen zu Lasten höherer menschlicher und vor allem fraulicher Werte. Die Frau wird, wenn sie in die Politik hineinkommt, nur verlieren. Die Ehrfurcht vor der Frau wird schwinden. Sicher ist auch, dass die Einführung des Frauenstimmrechts das Ende der Landsgemeinden bedeuten wird.» Wie viele Konservative war Etter trotzdem für eine Vorlage, weil er sehr wohl wusste, dass sie keine Chance hatte. Er sagte, «ohne Abstimmung kommt das Problem nicht zur Ruhe». 80 Prozent der Innerschweizer lehnten das Frauenstimmrecht ab. Aber Ruhe kehrte trotzdem nicht ein.

50-JAHR-KOMITEE «CH2021»

Bei diesem Text handelt es sich um den leicht erweiterten Blog, den Josef Lang für das von Frauenorganisationen getragene 50-Jahr-Komitee «CH2021» verfasst hat.

ch2021.ch/die-maenner-waren-das-nadeloehr

Keine Ruhe geben

Redaktion BULLETIN

6 Die Redaktion des BULLETIN sprach anlässlich von 50 Jahren Frauenstimmrecht mit 4 Zuger Frauen. Es waren Anita Diethelm-Bühler, Barbara Beck-Iselin, Tabea Zimmermann-Gibson und Delia Meier. Das Interview haben Hans-Jörg Glauser und Natalie Chiodi am 11. Februar 2021 online geführt.

BULLETIN: Was habt ihr aus der Zeit vom 7.2.71 mitbekommen?

Anita: Ich bin die Älteste in dieser Gesprächsrunde und habe mehrere Jahre erlebt, in denen ich nicht abstimmen und wählen konnte. Mein Vater war Sozialdemokrat und bei uns daheim war die Gleichstellung von Vater und Mutter schon recht fortgeschritten: Meine Mutter hat gearbeitet, wir waren drei Kinder und damals schon im Hort, was sehr aussergewöhnlich war. Ich habe

der Mann, habe er 1971 die Ansicht vertreten, dass er JA stimme, weil die Frauen ja sowieso keine Ruhe gäben. Auch meine Grossmutter teilte diese Ansicht.

Barbara: Ich war 16-Jährig, meine Mutter war aktiv im Frauenstimmrechtskomitee und ist mit anderen Frauen zusammen im Rahmen des Abstimmungskampfes mit Ross und Wagen durch den Kanton Zug gezogen. Das war einige Wochen vor der Abstimmung im Februar 1971. Das

kung der Redaktion: Das Stimm- und Wahlrechtsalter wurde 1991 von 20 auf 18 Jahre herabgesetzt.) Man muss die Passivität bezüglich des Frauenstimmrechts auch im Kontext sehen, denn in der Schweiz musste das Frauenstimmrecht auf dem Weg der direkten Demokratie erreicht werden.

Delia: Von damals habe ich nichts mitbekommen, dazu bin ich zu jung. Gefeierte habe ich den 7.2.21 gar nicht. Dieser Anlass hat mich nicht in Feierstimmung versetzt. Mir ist bewusst, wie viele Menschen auch heute noch kein Stimm- und Wahlrecht haben. Es war ein Tag, um die Dankbarkeit all jenen zu zeigen, die es ermöglichten, dass Frauen stimmen und wählen durften. Aber wir sind noch bei Weitem



Barbara Beck-Iselin



Tabea Zimmermann

die Diskrepanz zwischen Mann und Frau wohl nicht so extrem erlebt, wie man das zum Teil lesen konnte. Allerdings war es wohl eher eine Ausnahme, so wie ich aufgewachsen und erzogen worden bin.

Tabea: Ich selber habe keine Erinnerung, ich war ja noch ganz klein, habe aber mit meiner Mutter gesprochen. Für sie war damals die Organisation der familiären Situation mit zwei kleinen Kindern im Vordergrund, da war die politische Grosswetterlage nicht so wichtig. Während mein Grossvater anscheinend vor der Abstimmung im 1959 noch meinte: «Ja, was wei de die?», da die Frau ja sowieso gleich stimme wie

fand ich sehr spannend und war gern dabei. Ich war in der Handelsschule und uns jungen Frauen war klar, dass das Frauenstimmrecht kommen muss. Was ich genau gemacht habe, als das Abstimmungsergebnis eindeutig war, da erinnere ich mich nicht mehr. Normalerweise sind wir an den Abstimmungssonntagen vor dem Radio gesessen und haben auf die Resultate gewartet. Meine Mutter hat sofort ihre Mutter angerufen, beide waren in der Frauenzentrale aktiv. Meine Mutter hat die Frauenzentrale in Zug mitbegründet. Abstimmen konnte ich erst vier Jahre später, weil damals die Alterslimite zum Abstimmen bei 20 Jahren lag. (Anmer-

nicht dort, wo wir sein sollten. Ich finde, wir müssen unbedingt das Ausländer*innenstimmrecht und das Stimmrecht ab 16 Jahren einführen, damit wir noch mehr Menschen in die politischen Prozesse einbeziehen können.

Anita: Ich finde, es ist schon sehr viel passiert, daran merkt man wohl den Altersunterschied zwischen uns beiden. Ich fand es sehr schwierig, dass ich erst als 32-Jährige mit zwei Kindern überhaupt an den politischen Prozessen teilnehmen konnte. Wenn man sich vorstellt, wieviel damals unmöglich war, dann ist sehr viel passiert. Gefeierte habe ich den Abstimmungserfolg 1971 mit meinem Mann.



In dem Jahr, als das Frauenstimmrecht angenommen wurde, ging ich mit meinem Mann in einen dreijährigen Entwicklungseinsatz ins damalige Rhodesien, heute Republik Simbabwe. Ich musste feststellen, dass die Frauen in diesem Land schon längst Zugang zu politischen Rechten hatten. Die Diskrepanz zwischen der hochentwickelten Schweiz und ihrer rückständigen Haltung gegenüber Frauen auf der einen Seite und dem Entwicklungsland und seiner fortschrittlichen Haltung bezüglich Frauen und ihrer politischen Rechte, hatten mich sehr irritiert. Allerdings war es auch ein zutiefst rassistisches System und noch waren längst nicht alle Bevölkerungsschichten vor dem Gesetz gleich.

BULLETIN: Wie erlebst du die Gleichstellung?

Delia: Das Thema Gleichstellung tangiert mich stark im Alltag, sei es bei der Auswahl des Studiums, beim politischen Engagement, oder auch z.B. im Zusammenhang mit sexuellen Belästigungen. Selbst in einem fortschrittlichen Umfeld wie in meinem, muss ich feststellen, dass man eine junge Frau nicht so gern in der Politik sieht und schon gar nicht in der Naturwissenschaft: Ich studiere Chemie.

Tabea: Als Lehrerin beobachte ich, dass junge Frauen die traditionelle Rollenteilung noch immer oft unkritisch aspirieren und nicht sehen

(wollen), was das bedeutet. Auch auf Schulreisen habe ich bemerkt, dass die jungen Frauen über das Heiraten und Kinderkriegen reden. Daneben sitzt eine Gruppe von jungen Burschen im gleichen Alter, die nie und nimmer solche Themen diskutieren. Mein Mann ist extrem partnerschaftlich, er hat immer viel im Haushalt und für die Familie gemacht, eigentlich mehr als ich. Trotzdem hat er nur den kleineren Teil der Arbeitsjahre in Teilzeit gearbeitet. Als er Teilzeit arbeitete, hat er in der Firma immer wieder gespürt, dass er nicht gleich ernst genommen wurde, wie wenn er 100 Prozent gearbeitet hätte.

Anita: Mein Partner ist vor ein paar Jahren gestorben. Ich hatte noch mit 46 Jahren eine Ausbildung als Sozialarbeiterin begonnen. Dann, als meine Kinder auch schon am Studieren waren. Da war es mein Mann, der den ganzen Tag arbeitete und am Abend noch den Haushalt schmiss. Er war sehr kooperativ. Damals habe ich es vielleicht fast als zu selbstverständlich betrachtet. Aus heutiger Perspektive kann ich nur sagen, dass es wunderbar war, dass ich im Alter noch studieren konnte. Der Kanton Zug hat mir für das Studium kein Geld gezahlt, das Argument war, dass ich vorher ja keiner bezahlten Arbeit nachging – sondern «nur» als Hausfrau tätig war. Den Männern hat man solche Weiterbildungen finanziert. Das hat mich damals getroffen. Wir waren finanziell nicht auf Ro-

sen gebettet. Während des Studiums habe ich dann eine Eingabe gemacht und heute zahlt der Kanton Zug in solchen Fällen.

Als ich einmal im Passbüro war, bot man mir an, das benötigte Formular auszufüllen, weil ich ja sowieso keinen Computer zu Hause habe, wie man anmerkte. Da fragte ich mich dann, ob dies nun eine Diskriminierung wegen meines Alters oder Geschlechts sei.

Barbara: Wir hatten eine klassische Rollenteilung, aber alles partnerschaftlich entschieden. Als ich vor 31 Jahren das erste Kind bekam, habe ich mit Lohnarbeit aufgehört und erst wieder vor elf Jahren angefangen. Mein politisches Engagement hatte nicht zusammengepasst mit dem Modell unserer Partnerschaft. In den Jahren, in denen ich vier Kinder grossgezogen habe und teilweise in der Praxis meines Mannes ausgeholfen habe, war ich immer auch in ehrenamtlicher Teilzeitarbeit tätig.

Ich sehe jetzt, wie unsere Söhne, die kleine Kinder haben, die Betreuung der Kinder mit ihren Partnerinnen organisieren. Alle arbeiten sie mit hohen Stellenprozenten um die 75 Prozent und geben die Kinder in die Krippe. Kinder sind ohnehin stressig, weil es viel zu tun gibt und man jeden Tag nehmen muss, wie er ist. Daher betrachte ich es manchmal kritisch und frage mich, ob sich der Stress und die ganze «Organisiererei» lohne.

Delia: In meinem gewählten Umfeld erlebe ich es so, dass überhaupt nicht mehr die klare Vorstellung von Heiraten und Kinderhaben vorherrscht. Sobald ich jedoch ausserhalb meines Umfeldes bin, stösst es aber auf sehr viel Unverständnis, wenn ich sage, dass ich nicht vorhabe zu heiraten oder Kinder zu bekommen.

Ich kenne viele Frauen, die sagen, dass sie jetzt zwar studieren, danach aber ganz klar heiraten und Kinder haben und ihren Beruf nicht mehr ausüben wollen. Das ist zwar ein völlig legitimer Lebensentwurf, aber man muss sich aktiv dafür oder dagegen entscheiden können. Mein Studium ist stark männerdominiert. Es fällt mir auf, dass ich zwar viele Kolleginnen habe, die mit mir studieren – ich bin jetzt noch im Bachelor – aber je höher hinauf es geht, desto mehr nimmt die Anzahl der Frauen ab. Wenn ich jetzt Karriere in der Wissenschaft machen wollte, dann müsste ich mich sowieso gegen die Familie entscheiden, denn das ist fast nicht zu vereinen.

BULLETIN: Wie seid ihr politisiert worden?

Tabea: Ich wurde im Studium politisiert. Im Geschichtsstudium hat sich vor mir die ganze Genderthematik ausgebreitet, und, je länger je mehr, habe ich die strukturellen Aspekte der Genderthematik erkannt.

Barbara: Meine Eltern waren beide freisinnig und zwar im Sinne von wirklichem Freisinn. Das ist ein riesiger Unterschied zur heutigen FDP. Der Freisinn hat sich um Leute, die weniger privilegiert waren, gekümmert. Mein Vater hat, zwar nicht in der Politik, aber in Vereinen und Organisationen, Alterspolitik betrieben.

Anita: Mein Vater war ein Ur-Sozialdemokrat, er ist am 1. Mai mit der Fahne an den Umzug gegangen und hat dort die Beiträge eingezogen. Damals war ich fast verpflichtet am 1. Mai auf die Strasse zu gehen, auch

andere Verpflichtungen gab es durch die Partei. Die SP von damals war etwas völlig anderes, als was die SP heute ist.

Delia: Ich bin ich im Alter zwischen 12 und 16 Jahren durch feministische Themen politisiert worden. Das war eine Phase, in der ich viel gelesen, ausgetauscht und reflektiert habe. Vermutlich habe ich in dieser Zeit realisiert, dass die klassischen Rollenbilder mich einholen. Damals habe ich noch nicht erkannt, dass Parteipolitik auch etwas für Junge ist. Dann kam der Klimastreik Ende 2018, und da hat es mich reingezogen.

BULLETIN: Was ist das Zentralste, was aus deiner Sicht erreicht wurde?

Barbara: Frauen sind ausgebildet, viele sind gut ausgebildet. Ein Beispiel: Ich kenne Frauen in meinem Alter, die nicht in Zug arbeiten konnten, weil sie kein Englisch gelernt hatten. Denn zu meiner Zeit konnte man nur Englisch lernen, wenn man an einer Mittelschule war. Das ist heute anders. Wir haben ein durchlässiges Ausbildungssystem und Validationsmöglichkeiten, die den Frauen zugutekommen.

Es gibt Vorbilder in der Politik und zunehmend auch in der Wirtschaft – vielleicht noch etwas weniger in den Naturwissenschaften – allerdings staune ich, wie viele Virologinnen und Infektiologinnen während der Corona Zeit auftraten und wie oft man z. B. Politologinnen im Zusammenhang mit den Wahlen in den USA hören konnte. Und nicht immer nur sind grauhaarige Männer die Experten, das scheint mir für Mädchen – mehr oder weniger bewusst – ganz wichtig. Das alles hatten wir nicht, Vorbilder fehlten uns.

Tabea: Das Zentralste ist für mich prinzipiell die Anerkennung, dass Frauen auch eine Karriere machen und ihren Weg gehen wollen. Es gibt mehr Möglichkeiten, dass auch junge Männer das Recht einfordern,

Teilzeit zu arbeiten und so partnerschaftlich an der Erziehung der Kinder teilhaben können.

Anita: Frauen sind freier geworden und haben ein grösseres Selbstverständnis. Früher waren sie oft im Schatten der Männer. Man war die Frau vom Herr Sowieso und selber war man niemand. Auch ich habe es oft miterlebt, dass Frauen nach der Trennung oder dem Tod des Partners etwas verloren waren.

Es ist nicht mehr so, dass gewisse Hausarbeiten für Männer tabu sind, wie vor fünfzig Jahren. Als ich meinem Sohn einmal sagte, dass er entschuldigen müsse, dass ich ihm nie angeboten habe, dass er die Wäsche vom Militär nach Hause bringen könne, meinte er nur, dass es dort auch eine Waschmaschine gäbe und er seine Wäsche selber machen könne.

Delia: Viele wichtige, konkrete Dinge sind schon erwähnt worden. Das Wichtigste für mich ist, dass das Gefühl aufgekommen ist von einem Kollektiv. Sichtbar am Frauenstreik 2019. Wir können zusammenkommen und -stehen und gemeinsam etwas erreichen. Das ist eine megawichtige gesellschaftliche Veränderung, die passiert ist.

BULLETIN: Was muss sich ändern?

Tabea: Gleichstellung ist für mich mehr als «nur» Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen. Anzustreben ist eine Gesellschaft, die vielfältig ist und nicht auf die klassischen, männlichen Werte wie Macht und Geld ausgerichtet ist. In dieser ganzen Thematik spielt für mich deshalb auch der Faktor Nachhaltigkeit eine Rolle. Dazu gehört beispielsweise die Frage, was wir als Gesellschaft der nächsten Generation weitergeben wollen. Sind wir eine Gesellschaft, die nur Profit machen will auf Kosten von anderen? Hier ist noch viel zu tun und ich bedaure, dass diese Frage den linken Parteien überlassen wird. Das sollte nicht so sein.

Anita: Meine Enkelinnen sind alles tolle, junge Frauen. Mir wird immer wieder die Frage gestellt, ob sie einen Freund/einen Partner haben, ob sie heiraten und Kinder wollen. Ich bin manchmal etwas perplex und sage, dass ich es nicht genau wisse und sie sich dann schon entscheiden für das, was sie wollen. Ich bin stolz, dass die drei so selbständig sind und diese Fragen nicht im Vordergrund stehen. Was mich beschäftigt ist, dass Frauen, die etwas älter sind

ökologischen Aspekten zusammen. Ich wünsche mir darum einen intersektionalen Feminismus, der alle Diskriminierungsformen abschafft.

Tabea: Der unerklärliche Lohnunterschied muss verschwinden. Dann muss es aber auch weitergehen und eine Anpassung beim sogenannten erklärlichen Lohnunterschied (Anmerkung der Redaktion: höhere Löhne in männertypischen Berufen gegenüber tieferen Löhnen in frauenspezifischen Berufen) geben.

sondern wenn Gleichstellungsfragen (wieder) von der Parteienfrage losgelöst würden.

Barbara: Wenn man eine wissenschaftliche Arbeit macht, dann soll man nicht nur immer vom Mann ausgehen, sondern auch von der Frau. Das müsste sich dringend ändern. Schon vor 30 Jahren waren diese Themen, im Zusammenhang mit Frauengesundheitsthemen, aktuell. Krankheiten und Anatomiebücher wurden immer aus Sicht des Man-



und wissen, was sie wollen, oft keine Partner mehr finden, als ob sie den Männern zu anspruchsvoll wären. In welcher Welt leben wir, wenn starke Frauen nicht erwünscht sind?

Delia: Es sollte eine tiefgreifende Demokratisierung stattfinden, damit noch mehr Menschen in demokratische Prozesse einbezogen werden können. Ich hoffe, dass wir da in den nächsten Jahren grosse Fortschritte machen können. Unser Feminismus muss intersektional werden, das heisst, Mehrfachdiskriminierungen müssen gemeinsam erkannt und bekämpft werden. Das bedeutet, dass wir nicht nur für alle weissen, reichen und gut ausgebildeten Frauen kämpfen und diese dann in Chef*innen-Etagen von Grossunternehmen sitzen, sondern Feminismus heisst schlussendlich das Ende von allen Diskriminierungsformen und von allen Formen der Unterdrückung. Und das hängt auch mit

Ich wünsche mir eine grosse Diskussion und eine Neubewertung unserer Arbeit, um die ganz grossen strukturellen Unterschiede auszugleichen. Welche Arbeit wird wie stark bewertet und wie hilfreich ist sie für unsere Gesellschaft? Denn es geht in unserer Gesellschaft beispielsweise nicht ohne Betreuungspersonen für die kranken, alten und kleinen Menschen.

Die Gleichstellungsfrage war vor 50 Jahren eine Thematik, die bürgerliche und linke Frauen geeint hat. Heute ist die Gleichstellungsfrage im Kanton Zug eine spaltende Frage. Bei den bürgerlichen Frauen erkenne ich die Angst, sofort ins linke Lager gestossen zu werden, wenn sie sich für eine Verbesserung der Situation der Frauen – sei es Lohngleichheit oder was auch immer – einsetzen. Ich fände es erfreulich, wenn die Frauenfragen nicht den linken Parteien überlassen werden,

nes geschildert und geschrieben. Ich wünsche mir öfters Betrachtungen aus der Perspektive der Frau – nicht nur in der Medizin, sondern auch in anderen Disziplinen.

Tabea: Das weibliche Pflegepersonal muss sich z.B. mit Masken und Schutzkleidern herumschlagen, die zu gross sind, weil sie dem Männergesicht und -körper angepasst sind.

BULLETIN: Ganz herzlichen Dank für dieses Gespräch! ■

Konservative dagegen

Josef Lang

10

Am 1. Februar 1959 stimmten 76 Prozent der Zuger gegen das Frauenstimmrecht. Die Konservativen waren dagegen, die Sozialdemokraten dafür und die Freisinnigen hatten Stimmfreigabe beschlossen.

Nur in der Stadt Zug kam der Ja-Anteil von 32 Prozent in die Nähe des nationalen Resultats von 33,1 Prozent. In Hünenberg, Menzingen und Neuheim lag er sogar unter 10 Prozent. An der konservativen Parteiversammlung

Karl Hackhofer. Als, nach gewalteter Diskussion, der Kantonsrat und spätere Landschreiber Gerold Meyer den Vorschlag machte, unter den «anwesenden Frauen und Töchtern» eine Konsultativabstimmung durchzuführen,

blatt zwei Frauen das Wort: «Frau Dr. Imbach» und «Frl. R. Brack». Beide warben für das Frauenstimmrecht. Bei der freisinnigen Abstimmung waren die Frauen gleichberechtigt, was den relativ knappen Ausgang erklären könnte: 82 waren gegen und 72 für das Frauenstimmrecht. Danach wurde mit 105 gegen 29 Stimmen und vielen Enthaltungen Stimmfreigabe beschlossen. Die Sozialdemokraten, die seit ihrem Bestehen im Kanton Zug das Frauenstimmrecht befürwortet hatten, luden am 17. Januar nur den befürwortenden Luzerner Friedensrichter Werner Stettler ein. Hier war die Ja-Parole blosse Formsache. Es war auch der SP-Regierungsrat Clemenz Meienberg, der das überparteiliche Pro-Komitee präsidierte. Allerdings ist auch bei der Sozialdemokratie davon auszugehen, dass höchstens die Hälfte deren Wähler Ja gestimmt haben. Die Aktivdienstgeneration war in der Deutschschweiz über die Parteien und die Konfessionen hinweg geprägt durch die Verbindung von Militarismus und Männlichkeit, Wehrpflicht und Bürgerschaft.

220 Eidgenössische Volksabstimmung								
vom 1. Februar 1959 über die								
Einführung des Frauenstimm- und Wahlrechtes								
in eidgenössischen Angelegenheiten								
Gemeinden	Stimm-berechtigte	Eingelegte Stimmzettel	Stimm-beteiligung in %	Außer Betracht ungültig	Betracht fallende Stimmzettel leer	In Betracht fallende Stimmzettel	Ja	Nein
Zug	4921	3218	65,40	1	8	3209	1034	2175
Oberägeri	663	444	66,97	—	—	444	46	398
Unterägeri	910	611	67,14	—	—	611	105	506
Menzingen	652	434	66,56	—	1	433	39	394
Baar	2314	1427	61,67	2	3	1422	404	1018
Cham	1635	1061	64,89	1	—	1060	239	821
Hünenberg	432	283	65,50	—	—	283	24	259
Steinhausen	341	217	63,64	1	—	216	53	163
Risch	535	365	68,22	—	2	363	59	304
Walchwil	390	255	65,38	—	—	255	33	222
Neuheim	204	137	67,16	—	—	137	10	127
Total	12997	8452	65,03	5	14	8433	2046	6387

Absolutes Mehr: 4217

Zug, 3. Februar 1959. Die Kantonskanzlei.

vom 21. Januar gab es in einer ersten Abstimmung 19 Ja- und 73 Nein-Stimmen. In der folgenden Eventualabstimmung waren 73 Männer für ein Nein und 32 für Stimmfreigabe, was der Parole der schweizerischen Partei entsprochen hätte.

Eingeladen und ausgegrenzt

Die Konservativen hatten in ihrer Werbung «die Frauen und Töchter freundlich eingeladen» an der Parteiversammlung und «an der Diskussion teilzunehmen». Gemäss dem Bericht des Parteiorgans, der Zuger Nachrichten, ergriffen «Frau Dir. A. Imhof» und «Frl. G. Kaufmann, Fürsorgerin» dann auch das Wort – im befürwortenden Sinne. Die Hauptreferenten waren der gemässigt-konservative Basler Regierungsrat Carl Peter und der ultrakonservative Zürcher Nationalrat

ren, wurde das mit 58 gegen 36 Stimmen «als nicht opportun erachtet.» Der hier zitierte Bericht aus den Zuger Nachrichten vom 23. Januar wurde vom Chefredaktor Heinrich Büttler verfasst, der selber für ein Ja plädiert hatte und dem Ja-Komitee angehörte.

Bei den Freisinnigen präsidierte der Chefredaktor des Parteiorgans «Zuger Volksblatt», Nationalrat Manfred Stadlin, das kantonale Aktionskomitee gegen das Frauenstimmrecht. Vizepräsident des Nein-Komitees war der andere Zuger Nationalrat, der konservative Konrad Hess. Während die Konservativen zwei auswärtige Referenten einluden, wurde bei der FDP die Ja-Parole durch Kantonsrat Andreas C. Brunner vertreten. Für das Nein referierte der Urner Nationalrat Franz Arnold. Auch bei der FDP ergriffen am 15. Januar gemäss ihrem Zuger Volks-

Warnung vor «Parteifrauen»

In den beiden wichtigsten Zeitungen des Kantons, der konservativen und der freisinnigen, waren die redaktionellen Teile relativ ausgewogen. Bei den Inseraten dominierte die Nein-Propaganda sehr deutlich. Eine auffällig starke Präsenz hatten die beiden ablehnenden Frauenkomitees, das «Kant. zugerische» und das «Schweizerische». Der kantonale Text lautete: «Erspart den Frauen und Müttern den politischen Kampf!» Der nationale Text führte diesen Gedanken weiter: «Auf gute, tüchtige Frauen hat der Schweizer noch immer gehört. Wird er es weiter tun, wenn wir Parteifrauen sind und gegeneinander kämpfen?» Das Hauptinserat des Ja-Komitees war argumentativer. Die wichtigste Aussage lautete: «Gerechtigkeit erhöht ein Volk.» Es sollte weitere 12 Jahre dauern, bis die Männer so weit waren. ■

Psychische Gesundheit

Julia Küng, Psychologiestudentin und Co-Präsidentin Junge Grüne Schweiz

«Leider haben wir zurzeit keine Kapazitäten.» Frustriert lese ich die dritte Absage für einen Psychotherapieplatz im Kanton Zug. Ich brauche, wie viele andere während der Corona-Pandemie, professionelle psychologische Unterstützung.

Schlussendlich finde ich ausserkantonale einen Platz. Dies löst zwar mein persönliches Problem, verdeutlicht aber auch die schlechte Versorgung bezüglich psychischer Gesundheit im Kanton Zug.

Das seelische Wohlergehen der Menschen hat sich in der Pandemie drastisch verschlechtert. Der Anteil an Personen mit schweren depressiven Symptomen betrug während des Lockdowns im April rund 9 Prozent und stieg im November auf 18 Prozent. Doch auch schon davor konnten der Kanton Zug und die Schweiz das Menschenrecht auf psychische Gesundheit nur teilweise gewährleisten. Von der Grundversicherung bezahlte Plätze sind rar. Das macht die Möglichkeit auf eine rasche Behandlung von der Dicke des Portemonnaies der Betroffenen abhängig. Hinzu kommt, dass die Kantone keinen Überblick darüber haben. Sie wissen nicht einmal, ob es genügend Kinder- und Jugendpsychotherapeut*innen gibt.

Profitorientiertes Gesundheitssystem

Mit dem Schweizer Delegationsmodell zahlt die Grundversicherung der Krankenkassen eine Psychotherapie nur dann, wenn sie von Psychiater*innen oder von Psycholog*innen unter Aufsicht und Verantwortung von Psychiater*innen durchgeführt wird. Psycholog*innen und Betroffene fordern schon länger ein Anordnungsmodell, bei welchem eine einmalige ärztliche Anordnung reicht, um auch Therapien von psychologischen Psychotherapeut*innen über die Grundversicherung abzurechnen.

Mit einem Offenen Brief an den Bundesrat Anfang Januar 2021 forderten Berufsverbände den Wechsel zum

Anordnungsmodell: «Wer heute eine psychotherapeutische Behandlung benötigt, muss lange warten. Insbesondere bei der Behandlung von Kindern und Jugendlichen ist mit Wartezeiten von bis zu sechs Monaten zu rechnen.» In der Schweiz sind zu wenig Psychiater*innen tätig.



Besonders für junge Menschen stellt die Pandemie eine grosse psychische Belastung dar.

Die gesetzliche Grundlage für das Anordnungsmodell gibt es seit 2013. Doch Krankenkassen haben Angst, dass es zu viele unnötige Behandlungen gäbe. Wirklich teuer wird es aber vor allem dann, wenn zu lange Wartezeiten zu chronischen Verläufen, Notfallsituationen und somit Arbeitsausfällen oder Klinikaufenthalten führen. Psychische Gesundheit soll und darf nicht abhängig von der Einkommenshöhe und den damit verbundenen Zusatzversicherungen sein.

Zuger Therapieplätze

Ende Februar haben sich fünf Kinder- und Jugendpsychotherapeut*innen aus Zug an die Medien gewandt. In der aktuellen Situation müssen sie täglich bis zu drei Anfragen ablehnen. Für verzweifelte Eltern ist oftmals

jede Absage eine Katastrophe. Die Therapeut*innen fordern deshalb eine niederschwellige Anlaufstelle für Psychotherapie im Kanton Zug, die für erste Abklärungen und Zuteilung der Patient*innen verantwortlich ist. Der Kanton ist jedoch einzig für die psychiatrische Versorgung der Bevölkerung zuständig und hat nicht vor, seine Kompetenzen auf psychologische Psychotherapie auszuweiten. Wir müssen psychische Gesundheit ernst nehmen und den Zugang zu Behandlung für alle ermöglichen –

11

unabhängig von der finanziellen Situation. Doch nicht nur der Zugang zur Behandlung muss verbessert werden, auch die Ursachen von psychischen Krankheiten müssen bekämpft werden. Ein Teil der Auslöser ist leider schwer vermeidbar. Dazu gehören genetische Veranlagung, Tod, Krankheit oder einschneidende Ereignisse, wie die Corona-Pandemie. Ein anderer Teil der psychischen Krankheiten entsteht jedoch auch aus der Art wie wir zusammenleben: Leistungsdruck, Konsumüberfluss, finanzielle Unsicherheiten, Diskriminierung und die Unfähigkeit der Regierenden überzeugende Antworten auf die Klimakrise oder die globale Ungerechtigkeit zu liefern. Um die psychische Gesundheit der Menschen zu verbessern und zu gewährleisten müssen wir auch da ansetzen. ■

Massentests an Zuger Schulen

Rita Hofer, Kantonsrätin ALG, Präsidentin Kommission Gesundheit und Soziales
 Andreas Hürlimann, Kantonsrat ALG, Fraktionschef ALG

12

Das Contact-Tracing liefert ungenügende Daten zur Bestimmung von Ansteckungsorten. Die grösste Anzahl der Ansteckungsorte bleibt unbekannt. Auch der Ansteckungsort «Familie» taugt nicht viel, da das Virus ja von einem unbekanntem Ort dorthin gelangt ist. Dies macht eine präzise Anordnung von Massnahmen fast unmöglich und nötigt die Zuger Regierung dazu, in der Schule, und bisher nur dort, mit einer Massentest-Kampagne zu starten. Ein Versuch einer Einordnung.

Aus epidemiologischer Beurteilung sind die Fachleute bis heute stets davon ausgegangen, dass Kinder keine Treiber der Pandemie sind. An den Schulen wurden Schutzkonzepte umgesetzt um den Präsenzunterricht möglichst aufrecht erhalten zu können. Die geltenden Einschränkungen hatten nicht nur für den Mannschaftssport weitreichende Folgen. Auch Skilager wurden bereits im November abgesagt.

Ein Gespräch mit dem Bildungsdirektor Stefan Schleiss Ende Januar 2021 über die Einschätzung der Situation und eine damit verbundene mögliche Absage der Sportwoche fand bei ihm jedoch kein Gehör. Die Begründung, war, dass dies einen Gesamtregierungsentscheid nötig machen würde und mit einer Notlage begründet werden müsste. Eine solche Notlage sei aber in der aktuellen Situation nicht gegeben. Somit waren die Gemeinden verpflichtet für die Sportwoche ein Alternativprogramm anzubieten.

Exakt eine Woche später wurde in den Medien mittels reisserischer Rhetorik und unter Androhung von Disziplinarmassnahmen publik gemacht, dass nach den Sportferien an allen Oberstufen im Kanton Zug Massentests obligatorisch durchgeführt werden. Kommunikativ war dieser Akt eine schwache Leistung. An den Eltern vorbei Tests anzuordnen liest sich als Bevormundung und ist in keiner Art und Weise vertrauenswürdig. Die Schreibenden gelangten daher mit Fragen aus der Bevölkerung an die Gesundheitsdirektion, Bildungsdirektion und an den Kantonsarzt und wollten genauer wissen, wie dies zu verantworten sei, wenn doch vor einer Woche behauptet

wurde, dass keine Notlage herrsche! Ohne Notlage einen obligatorischen Test zu verordnen, das muss die Regierung rechtlich begründen können. Auch der LCH (Dachverband Lehrer*innen Schweiz) stört sich am Vorgehen des Kantons Zug. Diese Massnahme wurde ohne Rücksprache mit den Betroffenen angeordnet. Zitat: »Da eine Anordnung einer obligatorischen Gesundheitsuntersuchung einen Eingriff in die Persönlichkeitsrechte zur Folge hat, muss hierfür eine gesetzliche Grundlage gegeben sein, ein öffentliches Interesse vorliegen und die Anordnung muss verhältnismässig sein«, hält Rechtsanwalt Michael Merker fest. Ende der Sportferien wurde die Kommunikation dann angepasst, von obligatorischen Tests unter Androhung von Disziplinarmassnahmen war dann keine Rede mehr.

Die Bevölkerung muss mit einschneidenden Einschränkungen klarkommen. Dennoch sind viele gewillt mitzuhelfen, mittels Tests einen Beitrag zur Eindämmung der Verbreitung des Virus zu leisten. Hierfür muss ein Regierungsratsentscheid jedoch in der Zielangabe verständlich und nachvollziehbar sein. Damit würde auch die Eigenverantwortung mehr angesprochen und eine aktive Teilnahme auf freiwilliger Basis würde auf grösstmögliche Resonanz stossen. Angstkampagnen und Androhung von Disziplinarmassnahmen aber vergrössern eine vorhandene Skepsis gegen aktuelles behördliches Handeln. Die Regierung müsste den Fokus auf die grösseren Ansteckungsherde setzen und grosszügig auf freiwilliger Basis Testangebote schaffen. Der Bundesrat hat bereits Mitte Dezember das Testen

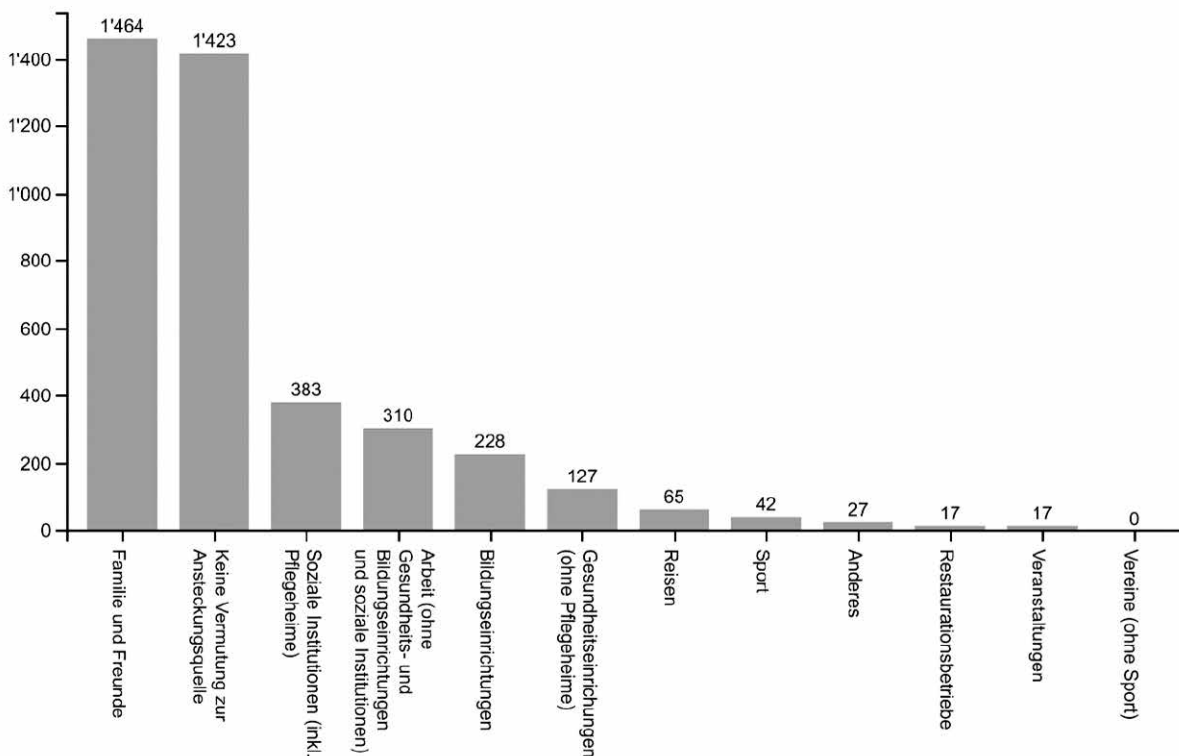
von Personen ohne Symptome im Rahmen der Schutzkonzepte in Alters- und Pflegeheimen, Hotels oder am Arbeitsplatz zugelassen. Um den Anreiz dafür zu erhöhen, übernimmt der Bund die Kosten. Dass die Regierung des Kantons Zug auf Massentests an den Schulen setzt und hohe Kosten (pro Woche ca. 500 000 Franken alleine für die Laboruntersuchungen) in einem Bereich verursacht, der nicht primär Treiber der Pandemie ist, ist aus unserer Sicht fragwürdig. Werden die Prioritäten hier richtig gesetzt? Welches sind die Kriterien für den Zeitraum dieser Massentestreihe? An welchen Zahlen möchte man sich orientieren? Das Ziel, dass die Schulen von kompletten Schliessungen verschont bleiben sollen, ist zu unterstützen. Der bisherige Weg dorthin muss – insbesondere unter Berücksichtigung der Art und Weise der Kommunikation – als unkoordiniert und teilweise überhastet taxiert werden.

Umsetzung der Tests

Wer nicht an diesen Reihentests teilnehmen will, kann seinen Verzicht schriftlich auf einem entsprechenden Formular erklären. Mit diesem ausdrücklichen Verzicht nimmt die nicht teilnehmende Person zur Kenntnis, dass sie im Falle eines positiven Testergebnisses innerhalb der Testgruppe (Schulklasse) über das kantonale Contact Tracing mit einer zehntägigen Quarantäne belegt wird. Dies gilt für Lehrpersonen wie für Schüler*innen. Bei einem positiven Testergebnis wird bei Personen, welche die Tests mitmachen, ausschliesslich die positiv getestete Person mit Isolation belegt. Gemäss der bis zum Redaktionsschluss geltenden Praxis werden Lehrpersonen, welche mit einem Teilpensum nur an einem Test pro Woche teilnehmen können, mit Personen, die eine vollständige Verzichtserklärung unterzeichnet haben, gleichgesetzt. Hier gilt es nachzubessern. Denn auf Grund dieser Verordnung könnte das Fehlen von Lehrpersonen für Turbu-

Vermutete Ansteckungsquellen

Mehrfachnennungen möglich, Datenstand: 01.03.2021 00:00



Die Ansteckungsquelle wird im Contact Tracing seit dem 23.11.2020 systematisch erhoben. Vorher erfasst Fälle wurden soweit möglich nachcodiert, Informationen vor dem 25.10.2020 wurden aus Zeitgründen noch nicht codiert. Auch nach dem 23.11.2020 liegt die Information bei einigen Fällen nicht vor, da die entsprechenden Fragen nicht in jedem Fall gestellt werden können.

Quelle: Kanton Zug, Amt für Gesundheit

lenzen im Präsenzunterricht sorgen! Es sollte durch entsprechende freiwillige Test-Möglichkeiten eine Verkürzung von Quarantäne Anordnungen ermöglicht werden. Und dies ohne zusätzliche Kosten. Wie in der Zuger Zeitung vom 27. Februar 2021 nachzulesen ist, verwenden Testzentren aus wirtschaftlichen Gründen mehrheitlich den ursprünglichen PCR-Test. Im Regelfall muss hier jedoch länger auf das Ergebnis gewartet werden. Man produziert somit zusätzliche Quarantäne-Tage und generiert dadurch auch zusätzliche Arbeitsausfälle.

Die Kommunikation der Regierung verstrickt sich in Widersprüchen und schafft auf diese Art keine Transparenz. Dabei wäre es wichtig aufzuzeigen, wie und wo sich die Erkrankten angesteckt haben. Man müsste die Zahlen so erheben und veröffentlichen, dass eine seriöse, zuverlässige und rasche Beurteilung der Lage möglich ist. Dabei nützt eine Aufrechnung aller Fälle seit Beginn der Zählung wenig. Gemäss einer Medienmitteilung der Bildungsdirektion vom 5. März 2021 sind in den rund 7500 Tests der ersten Testwoche lediglich vier positive Fälle eruiert worden. Immerhin hat man nun mehr

Daten zum Infektionsgeschehen. Dies lässt die Frage nach der Verhältnismässigkeit und einer Anpassung der Massnahmen im Bereich der Schule aufkommen. Können Aktivitäten wieder erlaubt werden? Wie steht es um eine Lockerung der Maskenpflicht? Zu viel

bleibt auch ein Jahr nach Ausbruch der Pandemie intransparent. Wir fordern den Regierungsrat auf, in Zukunft besser zu informieren und Entscheide auf Fakten und rechtlichen Grundlagen abzustützen. Und zwar bevor Massnahmen angekündigt werden. ■

Input von Luzian Franzini, Kantonsrat Stadt Zug:

In Zug, wie auch in den meisten anderen Kantonen, gibt es Hürden für Testwillige. Wer sich freiwillig testen lassen möchte, ohne offizielle Anweisung oder Symptome, muss den Test selbst bezahlen. Mit 70 Franken für einen Schnelltest, bzw. 140 Franken für den präziseren PCR-Test, sind dies Summen, welche gerade bei Familien happig zu Buche schlagen können. Auch wenn eine angestellte Person eine zehntägige Quarantäne mit einem freiwilligen Test auf sieben Tage verkürzen möchte, muss der Test selbst bezahlt werden. Dies ist umso absurder, als die Ausgleichskasse den Lohn nur für sieben Tage bezahlt.

Dabei wäre es grundsätzlich eine begrüssenswerte Strategie, mit möglichst vielen Tests ein besseres Bild der Infektionslage zu bekommen. Je früher eine infizierte Person ohne Symptome erkannt wird, desto weniger weitere Personen können angesteckt werden. Mit dem PCR-Speicheltest ist mittlerweile auch eine Testart vorhanden, welcher eine relativ hohe Genauigkeit aufweist und sich ohne grössere Unannehmlichkeiten durchführen lässt. Wenn nun die Zuger Regierung mit einer geschickten Kommunikationsstrategie Gratis-Tests anbieten würde, liessen sich wohl die allermeisten Zuger*innen auch freiwillig testen.

Die Pandemie dauert bereits seit einem Jahr an und ein Ende ist nicht in Sicht. Umso wichtiger ist es, dass die Massnahmen gut kommuniziert werden und niemand von einem Test abgehalten wird, nur weil diese Person die Testkosten nicht bezahlen kann.

Kleine Spritze – grosse Wirkung

Jonas Feldmann, Assistenzarzt

14

Millionen Tote weltweit, hunderttausende Erkrankte und tausende Verstorbene in der Schweiz, ein Desaster für unsere Volkswirtschaft. Die COVID-Pandemie hat das Jahr 2020 geprägt, unsere Leben durchgeschüttelt, unsere Hoffnungen getrübt. Sie ist eine weltweite Katastrophe von gewaltigem Ausmass. Und sie wird uns leider auch im Jahr 2021 beschäftigen, vermutlich auch noch in den Jahren danach. Ein rasches Ende dieser Pandemie scheint nicht absehbar – und doch: eine unscheinbare Spritze verspricht Hoffnung.

Nach wie vor sterben in der Schweiz täglich Menschen an COVID-19. Die Krankheit, übertragen durch das Virus SARS-CoV-2 («Coronavirus»), befällt die Atemwege, Lungen, Gefässe und andere Organe und verursacht neben «milden» grippalen Symptomen, wie Husten, Fieber oder Müdigkeit, auch Atemnot und Lungenversagen. Die Sterblichkeit der Erkrankung wird nach aktuellem Wissensstand (ohne Einbezug der in den letzten Monaten und Wochen aufgetretenen Virusmutationen) auf etwa 0.5 bis 1 Prozent geschätzt. Doch auch wenn «nur» eine*r von hundert Erkrankten verstirbt und die Verstorbenen in vielen Fällen vorerkrankt und in höherem Alter sind, so ist jeder Todesfall eine Tragödie, über die nicht hinweggesehen werden darf. Eine Studie vom Februar 2021 zeigt: Patient*innen, die an COVID-19 versterben, verlieren im Durchschnitt 16 Lebensjahre.

Auch wenn die Forschung auf Hochtouren läuft und weltweit ständig neue Studien zu möglichen Therapieformen, Verhinderung einer Ansteckung etc. veröffentlicht werden, gibt es bis heute kein wirklich wirksames Heilmittel gegen die Erkrankung. Gegen das Virus gibt es (aktueller Stand) kein spezifisches Medikament, die Entzündungsreaktion und das Organversagen eines Körpers kann aber mit hochspezialisierten und wirksamen Methoden, beispielsweise maschineller Beatmung, für eine gewisse Zeit kompensiert werden. Dies ist möglich, solange genügend Material, Platz und Personal (in der Schweiz aufgrund

von jahrelanger Fehlplanung und Sparmassnahmen der limitierende Faktor) zur Verfügung steht.

«Widerstand» formiert sich

Während die Gesellschaft sich massiv einschränkt, um einen Kollaps zu verhindern, die Politik und die Wirtschaft um Lösungen ringen, die Folgeschäden der Krise zu minimieren und Forscher*innen weltweit im höchstmöglichen Tempo nach Lösungen suchen, welche den Pandemiezustand beenden könnten, wächst die Kritik in der Bevölkerung. Selbst ernannte «Querdenker*innen» verbreiten Verschwörungstheorien, protestieren gegen geltende Vorschriften und verunglimpfen Behörden und Personen, welche sich für das Allgemeinwohl einsetzen. Und nun formiert sich auch die «Impfgegnerschaft» zu einer ernstzunehmenden Kraft.

Sind wir die Partei der Impfgegner*innen?

Nicht nur in der Klimadiskussion präsentiert sich die Grüne Partei jeweils stolz als «Partei der Wissenschaft». Vertreter*innen der grünen Bewegung argumentieren auch in verkehrs-, landwirtschafts- oder sozialpolitischen Fragen (um nur einzelne Beispiele zu nennen) häufig mit Studien von renommierten Universitäten und Wissenschaftler*innen, schmücken ihre Ausführungen mit gut recherchierten Beispielen und zeigen nur zu gerne mit dem Finger auf jene politischen Kontrahent*innen, welche ihre Argumentation auf schlecht re-

cherchierten oder sogar erwiesenermassen falschen Daten aufbauen. Vor diesem Hintergrund ist es doch ziemlich erstaunlich, dass gerade unter uns Sympathisant*innen der Grünen Partei eine grosse Skepsis gegenüber Impfungen zu bestehen scheint. Wie eine Umfrage von Tamedia und «20 Minuten» vom November 2020, gewichtet nach Parteipräferenz, zeigt, antworteten zum damaligen Zeitpunkt bloss 48 Prozent der Grünen Wähler*innen mit «Ja» oder «Eher ja» auf die Frage, ob sie sich freiwillig gegen Corona impfen lassen würden. Im Parteienvergleich belegen wir damit den zweitletzten Platz, knapp vor der SVP (42 Prozent).

Dass die Volkspartei, deren «kreativer» Umgang mit wissenschaftlichen Daten hinreichend bekannt ist, auch in dieser Statistik das Schlusslicht bildet, verwundert nicht. Auch nicht, dass an der Spitze die «progressiveren Kräfte» GLP (62 Prozent) und SP (60 Prozent) stehen. Was ich mir jedoch als Mitglied der Grünen Bewegung nicht erklären kann, ist die Rangierung der Grünen Partei. Penible Wissenschaftlichkeit in der Klimadebatte, SVP-eskes Anzweifeln von Evidenz und gezieltes Verbreiten von «Fake News» in der Pandemie? Erstaunlich übrigens auch diese Statistik: 60 Prozent der Männer* würden sich impfen lassen, bei den Frauen* jedoch nur 46 Prozent. In Anbetracht der Tatsache, dass Impfungen nicht nur rein wissenschaftlich, sondern auch sozial sinnvoll sind, erstaunt dies umso mehr. In der Regel sind es doch die Frauen*, welche bei Abstimmungen und Wahlen jeweils sozialer und progressiver stimmen als die Männer*.

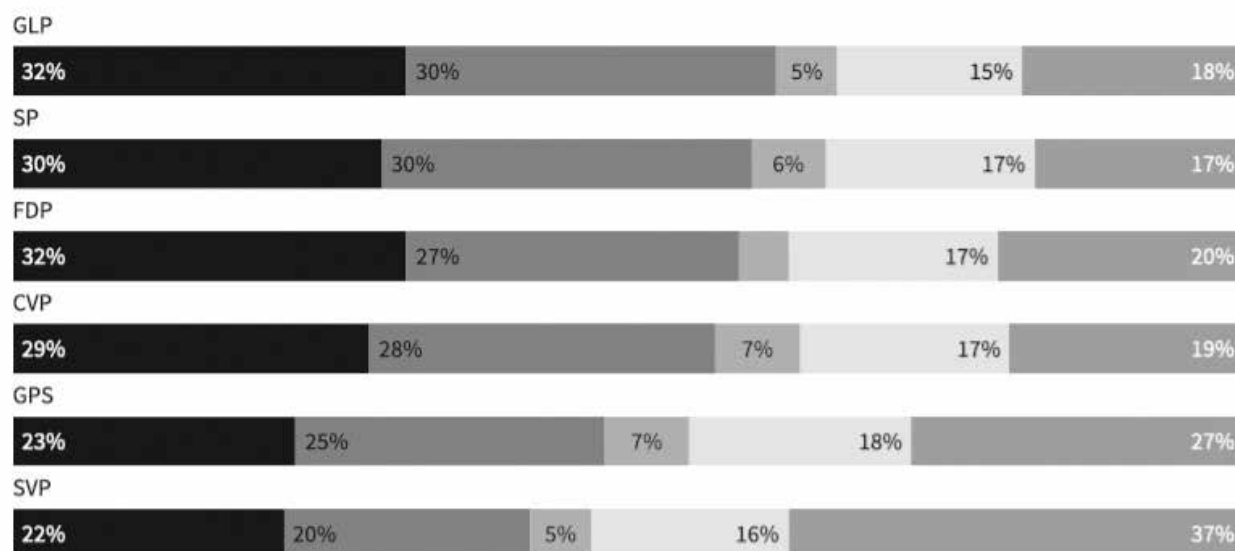
Kritisches Denken erwünscht

Jeder Mensch soll wachsam und kritisch bleiben, den Medien, den Unternehmen, der Wissenschaft und auch der Politik nie blind vertrauen, alles hinterfragen. Dass wir Grünen, als Protest- und Oppositionspartei,

Würden Sie sich freiwillig gegen Corona impfen lassen?

Total 14'470 gewichtete Antworten, in Prozent nach Parteipräferenz

■ Ja ■ eher Ja ■ keine Angabe ■ eher Nein ■ Nein



Bezüglich Impfbereitschaft schneiden die Grünen Wähler*innen schlecht ab: zweitletzter Platz, knapp vor der SVP. (Tagesanzeiger Online, Screenshot)

diesen kritischen Geist leben und mit unserer Art, Kritik in konstruktive Energie umzuwandeln und nachhaltigen Wandel in Gesellschaft und Politik zu bewirken, schon sehr viel Positives erreicht haben, dürfen wir nicht vergessen. Im Falle eindeutiger wissenschaftlicher Evidenz jedoch darf der kritische Geist auch einmal hintenangestellt und eine Erkenntnis als gerechtfertigt angesehen werden.

Ohne «Herdenimmunität» endet die Pandemie nie

Wenn wir die Pandemie beenden und die «Normalität» zurückhaben wollen, brauchen wir eine Bevölkerung, welche gegen das Coronavirus zu einem grossen Teil immun ist. Diese «Herdenimmunität» erreichen wir einerseits mit einer ho-

hen «Durchseuchungsrate» in der Bevölkerung. Das heisst: ungefähr 80 bis 85 Prozent der Bevölkerung müssten die COVID-19-Erkrankung durchgemacht haben, um gegen eine zukünftige Infektion geschützt zu sein. Eine so hohe Rate zu erreichen würde Jahre dauern und alleine in der Schweiz zehntausende Todesopfer fordern.

Ausserdem sind Spätfolgen wie die Long-COVID-Erkrankung auch bei jungen Genesenen sehr häufig und die gesundheitlichen und wirtschaftlichen (Langzeit-)Folgen einer COVID-19-Erkrankung sind noch lange nicht gänzlich bekannt. Dass die Krankheit jedoch in zahlreichen Fällen und auch bei jungen Patient*innen mit milden Verläufen nicht einfach so ausheilt und im

späteren Verlauf Herzinsuffizienz, Lungen- und andere Organschwächen auftreten können, ist bekannt. Mehr als die Hälfte der genesenen Patient*innen klagt noch sechs Monate nach der Erkrankung über Muskelschwäche, Müdigkeit, Schlafstörungen, Angst und Depressionen. Beobachtungen und erste Studien deuten ausserdem darauf hin, dass die Immunität nach durchgemachter Erkrankung nicht lebenslang, sondern nur für einige Monate, aufrechterhalten bleibt.

Es gibt nur eine vertretbare Lösung

Die einzige andere Möglichkeit, diese «Herdenimmunität» zu erreichen führt über eine ebenso hohe (im Idealfall höhere) «Impfrate». In Anbetracht der grossen Verluste und



Kleine Spritze – grosse Wirkung: Die Corona-Impfung ist unser einziger Ausweg aus der Pandemie. (creative commons)

bleibenden Schäden einer durchgemachten Erkrankung ist dies die einzige wissenschaftlich und ethisch vertretbare Lösung.

Wer immun ist, kann an einer Krankheit nicht mehr erkranken und sie so auch nicht mehr, oder nur noch in sehr reduzierter Form, weitergeben. Damit schützt man nicht nur sich selbst, sondern auch alle «Herdenmitglieder», welche über ein geschwächtes Immunsystem verfügen und so keine «eigene» Immunität aufbauen können. Im besten Fall, wenn eine sehr hohe Immunisierung erreicht ist, kann eine Krankheit sogar ganz verschwinden, wie zahlreiche Beispiele zeigen (etwa Pocken oder Polio).

Impfen macht immun

Eine «Immunisierung» als natürlicher Prozess passiert, indem unser Körper mit einem Erreger infiziert wird und im Verlauf – wenn er die erste Phase der Infektion überlebt – Antikörper produziert, welche ihm im Falle einer erneuten Infektion mit demselben Erreger einen gewissen

Schutz bieten. Dieser Mechanismus funktioniert nicht bei allen Erregern gleichermassen, bei vielen Viren jedoch sehr gut. Während man an einigen Erregern also immer wieder erkranken kann, ist man bei anderen (etwa Masern, Mumps, Röteln, Varizellen) gegen eine Zweitinfektion geschützt, solange man Antikörper im Blut hat.

Mit einer Impfung wird die Produktion von Antikörpern angeregt, ohne dass der Körper die akute Infektionsphase durchmachen muss. Sie ermöglicht also eine langfristige Immunisierung, ohne dass man am betreffenden Erreger zuvor erkranken muss. Das bedeutet, dass nicht nur Krankheitssymptome verhindert werden, sondern auch potentielle Todesfälle und Langzeitfolgen der Erkrankung sowie eine Schwächung des Immunsystems, wie sie bei jeder Infektionserkrankung eintritt. Durch mehrfaches Impfen in vorgegebenen Abständen wird die Immunreaktion potenziert. Der Schutz wird so in den meisten Fällen sogar noch besser, bzw. langfristiger, als nach durch-

gemachter Erkrankung, weil eine höhere Anzahl Antikörper gebildet wird.

Impfen ist sicher

Impfen kann mit Recht als eine der grössten Errungenschaften der modernen Medizin bezeichnet werden. Trotzdem hat Impfen in gewissen Kreisen einen schlechten Ruf. Warum eigentlich? Die Gruppe der «Impfgegner*innen» ist sehr heterogen. Neben religiösen, alternativmedizinischen und esoterischen Strömungen gehören auch Misstrauen gegenüber der Medizin, Wissenschaft und Pharmaindustrie zu den Gründen, weshalb jemand einer Impfung kritisch gegenüberstehen könnte. Und auch in der vermeintlich aufgeklärten und gut informierten Gesellschaft im Jahre 2021 geistern weiterhin Schauermärchen von «Impfschäden» durch die Medien und sozialen Netzwerke.

«Nebenwirkungen» können bei Impfungen, wie auch bei jeder medizinischen Behandlung, vorkommen und werden auch festgestellt: So wurden im Rahmen der Studien zu den COVID-Impfstoffen typische Nebenwirkungen registriert: Schmerzen im Bereich der Einstichstelle, Müdigkeit, Kopfschmerzen, Fieber, allergische Reaktionen gegen bestimmte Inhaltsstoffe. Mit Ausnahme von schweren allergischen Reaktionen, welche sehr selten sind und mit den richtigen Medikamenten schnell therapiert werden können, sind diese Nebenwirkungen jedoch alle harmlos und innert weniger Tagen verschwunden.

Achtung «Fake News»: Ein prominentes Beispiel

Was die sogenannten «Impfschäden» betrifft: Bleibende Schäden, die kausal mit einer Impfung zusammenhängen, wurden noch nie bestätigt. In sämtlichen Fällen handelt es sich um klassische «Fake News» – so beispielsweise im tragischerweise

weltberühmten «Fall Wakefield»: Im Februar 1998 veröffentlichte der Forscher Andrew Wakefield in einem Fachmagazin einen Artikel, welcher einen Zusammenhang zwischen der MMR-Impfung (Masern-Mumps-Röteln-Kombinationsimpfung) und Autismus suggerierte. In der Folge entstand eine weltweite, hitzige Debatte und die Impfquote brach deutlich ein. Erst Jahre später gelang es einem Journalisten aufzudecken, dass Wakefield für seinen Artikel, den er im

Studien untersuchten seither den möglichen Zusammenhang zwischen Impfen und Autismus: es wurde nie einer gefunden.

Keine Hinweise auf «Langzeitfolgen»

Der Einwand, dass die COVID-Impfungen in Rekordzeit entwickelt wurden und potentielle «Langzeit-schäden» deshalb noch nicht zu 100 Prozent ausgeschlossen werden können, ist berechtigt. Da die Entwicklung erst vor einem knappen Jahr begonnen hat und die ersten klinischen Studien erst kürzlich durchgeführt werden konnten, lässt sich nicht mit absoluter Sicherheit sagen, dass es keine Langzeitnebenwirkungen geben wird. Ebenso wenig wie man heute schon alle Langzeitfolgen einer – auch asymptomatischen – COVID-Erkrankung vorhersagen kann. Dass es langwierige Verläufe gibt und dass viele Genesene, auch «junge» und zuvor «gesunde», nie wieder dieselbe Leistungsfähigkeit und Lungenfunktion wie vor der Erkrankung erreichen werden, wissen wir bereits.

Hinweise auf «Langzeitfolgen» der in der Schweiz zugelassenen Impfstoffe gibt es bisher keine, weder in Modellrechnungen noch in Labor- oder klinischen Studien. Die angewendeten Technologien (Stichwort «mRNA») und die verwendeten Inhaltsstoffe wurden jedoch auch vor COVID-19 schon erprobt und beispielsweise in der Krebstherapie eingesetzt. Langzeitfolgen sind dort bisher nicht bekannt. Die Zulassung der Impfstoffe in der Schweiz erfolgte ausserdem im üblichen Zulassungsverfahren, zahlreiche Expert*innen fanden dabei nichts Beunruhigendes.

Lassen wir uns impfen. Bitte. Alle.

Lassen wir uns alle impfen, sobald wir an der Reihe sind! Eine nach strengen Regeln der Wissenschaft entwickelte und zugelassene Impfung gegen eine potentiell tödliche

Krankheit willentlich abzulehnen und damit nicht nur sich selbst, sondern auch andere Menschen der Gefahr einer Ansteckung auszusetzen, ist dumm, egoistisch und unsozial. Eine Ohrfeige ins Gesicht der engagierten Pflegefachpersonen und Ärzt*innen (und allen anderen sogenannten «systemrelevanten Berufen»), welche nach einem Jahr Schwerarbeit unter hoher körperlicher und psychischer Belastung einfach nur ein Ende dieses Pandemiezustands herbeisehnen. Zynisch gegenüber den Angehörigen und Hinterbliebenen aller COVID-Toten und den zahlreichen, schwer erkrankten Patient*innen. Unsolidarisch gegenüber all jenen, welche aufgrund der Pandemie um ihre Arbeitsstelle, ihr Geschäft, ihre finanzielle Existenz oder ihre psychische Gesundheit bangen. Und einfach nur unverständlich in den Augen eines jungen Mannes, der sich nur wünscht, dass dieser elende Pandemie-Zustand bald vorüber sein möge und er seine Grosseltern wieder regelmässig besuchen und umarmen darf. ■

Jetzt impfen
im Kanton Zug.
Schützen Sie sich und Ihre Liebsten.

- ✓ Über 75-Jährige
- ✓ Personen mit schweren chronischen Krankheiten

Bezüglich Impfbereitschaft schneiden die Alle Personen mit Wohnsitz im Kanton Zug können sich über die Webseite www.corona-impfung-zug.ch kostenlos für einen Impftermin registrieren. (Website Impfzentrum)

Auftrag von Anwälten schrieb, eine grosse Geldsumme kassiert hatte, ohne die Geldgeber wie üblich im Artikel zu erwähnen. Ausserdem hatte er bewusst Studienresultate gefälscht. Die Recherchen zeigten weiter, dass Wakefield die Patente für ein Konkurrenzprodukt zur MMR-Impfung besitzt. Der Versuch, ein Konkurrenzprodukt schlecht zu machen, ist misslungen – im November 2004 wurde der Artikel formal zurückgezogen. Zahlreiche seriöse

Jetzt impfen

Lassen Sie sich kostenlos gegen Corona impfen! Alle Personen mit Wohnsitz im Kanton Zug können sich über die Webseite www.corona-impfung-zug.ch registrieren und bekommen ein Terminangebot, die Terminvergabe erfolgt nach festgelegten Kriterien.

Weitere Informationen zur Corona-Impfung auf der Webseite des BAG: www.bag-coronavirus.ch/impfung

Power fürs Klima

Hansruedi Küttel

18

Die Rolle der Energie bei der Klimawende war das Thema der Fachtagung 2020 der Schweizerischen Energiestiftung SES. Tatsächlich ist «Energie» ein wesentlicher Treiber für die CO₂-Emissionen. Viele Gebäudeheizungen basieren immer noch auf Verbrennung fossiler Stoffe, ebenso die Motoren vieler Fahrzeuge sowie vielerorts auch die Produktion elektrischer Energie. In Anbetracht der heutigen Situation stellt sich also die Frage: Wollen wir einen erzwungenen «Change by Disaster» oder schaffen wir den geplanten «Change by Design»?

Professorin Sonia Seneviratne von der ETH Zürich betonte: Jede Tat zählt, jede zusätzliche Erwärmung zählt, jedes Jahr zählt, jede Entscheidung zählt! Als Hauptautorin des Sonderberichts 15 des Weltklimarates (IPCC) machte sie darauf aufmerksam, dass etwa 73 Prozent der klimawirksamen Emissionen dem Sektor Energie zuzuordnen sind. Sie zeigte auch, dass die Reduktion der Emissionen in Landwirtschaft und Zementindustrie viel mehr Aufwand erfordert als eine entsprechende Reduktion im Energiesektor. Der Fokus muss also auf die Reduktion des Energieverbrauchs gelegt werden: Zwischen 2040 und 2050 muss der globale Energieverbrauch nahezu CO₂-frei sein. Mit eindrücklichen Grafiken stellte Prof. Sonia Seneviratne die Auswirkungen und Risiken der globalen Erwärmung dar und wies auch auf die unterschiedlichen Folgen für die verschiedenen Länder hin. So ist die bisherige Erwärmung in der Schweiz fast zweimal höher als die globale Erwärmung. Wenn sich die Welt um 2 Grad erwärmt, sind es in der Schweiz bis zu 3.4 Grad. An mehreren Orten und in bestimmten Jahreszeiten kann die Erwärmung bis +4.5 Grad betragen.

Was wird besser, wenn die Erwärmung nur 1.5 Grad statt 2 Grad beträgt?

Oberhalb von +1.5 Grad ist eine starke Risikozunahme zu erwarten für Hitzeextreme in bewohnten Regionen der Welt, wie auch Heftigkeit von Niederschlägen, das Trockenheitsrisiko und die irreversiblen Schäden (Anstieg

der Meeresspiegel, Aussterben von Tier- und Pflanzenarten). Jedes halbe Grad zählt. Das Ziel (Begrenzung der Erwärmung) zu erreichen verlangt Änderungen in der Schweizer Gesellschaft und Wirtschaft, die bisher ohne Beispiel sind: Ab sofort rasche Abnahme der CO₂-Emissionen (bis 2030 auf 50 Prozent von 2010), Netto-Null CO₂-Emissionen spätestens bis im Jahre 2040.

Wie lässt sich das erreichen? Solarpanels in den Bergen, Windenergie, Elektro-Autos mit Wasserstoff, keine Netto-Emissionen von CO₂, kein Verbrauch von fossilen Energieträgern (Erdöl/Benzin/Heizöl/Kohle/Gas; oder nur mit sehr wenigen Ausnahmen), CO₂-Reduktion für restliche Emissionen (Carbon Capture and Storage), Aufforstung (kann aber lokale Erwärmung verursachen, Speicher ist nicht permanent, langer Prozess).

Klimawerkstatt

Der Innovationsanalyst Ivo Nicholas Scherrer hielt ein Referat zur Idee einer helvetischen Klimawerkstatt, mit der das komplexeste Problem der Geschichte angepackt werden soll. Für den Klimawandel gibt es zwei Gründe. Menschliche Aktivität und – menschliche Inaktivität. Auf die globale Klimapolitik können wir uns nicht verlassen. Ein kollektives Problem müssten wir kollektiv angehen. Seine Hauptforderungen: CO₂-Quellen reduzieren, CO₂-Reduktion unterstützen, Gemeinschaft und Gesellschaft stärken. Die Helvetische Klimawerkstatt soll Grundlagen erforschen (öffentlich finanzierte For-

schung) und mit Spin-Offs Prototypen entwickeln und Anwendungen testen. Schlussendlich sollen diese Innovationen mit Start-Ups zur Marktreife gebracht werden. Heutige Modelle sind mehrheitlich eine Wette auf noch unreife Technologien, es fehlt eine allgemeine Strategie. Der Analyst monierte zudem, dass die Zunahme des Energieverbrauchs ausserhalb der OECD-Länder zu wenig beachtet würde. Nur schon bei den sogenannten Raumklima-Anlagen ist ein enormes Wachstum zu befürchten. Deshalb muss ein neues Innovationsparadigma geschaffen werden: missionsgetrieben, systemisch und strategisch, experimentell, interdisziplinär, partnerschaftlich, global.



Klimaschädigende Klimageräte (Unsplash/Chromatograph)

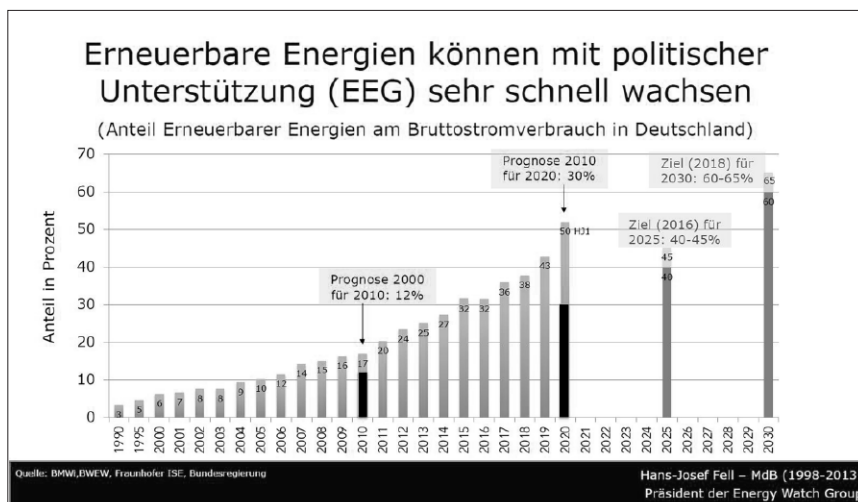
Energiewende im Ausland, politische Rahmenbedingungen

Greta Thunbergs Feststellung «100 Prozent erneuerbare Energien sind unverzichtbar für den Klimaschutz» bildete den Einstieg für das Referat von Hans-Josef Fell. Er ist Präsident der Energy Watch Group EWG (internationales Netzwerk von Wissenschaftlern und Parlamentariern zur

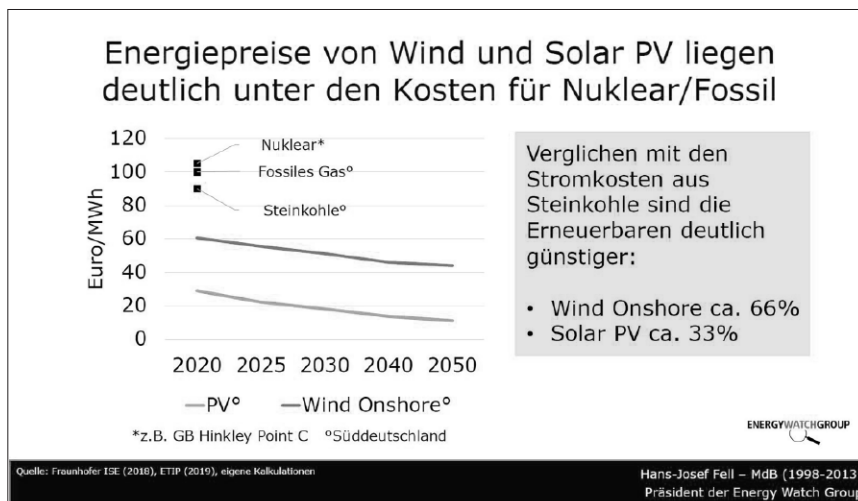
Untersuchung der Verfügbarkeit und Verknappung fossiler und atomarer Energieressourcen sowie für die Untersuchung der Ausbaumöglichkeiten erneuerbarer Energien) und war von 1998-2013 Mitglied des Deutschen Bundestages. Er sprach über politische Rahmenbedingungen für Energiewende und Klimaschutz. «Es gibt keine strikten Massnahmen zur Bekämpfung von Umweltkrankheiten, wie es sie zur Bekämpfung von COVID-19 gibt, obwohl Umweltverschmutzung für wesentlich mehr Todesfälle verantwortlich ist». Die Gesundheitspolitik sei gefordert. Ein Lockdown soll helfen: Kohlekraftwerke abschalten, Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren stoppen. Eine Studie der EWG zeigt klar, dass die Energiewende keine Frage von technischer Machbarkeit oder Wirtschaftlichkeit, sondern eine des politischen Willens ist.

Zudem sind 100 Prozent erneuerbare Energien weltweit kostengünstiger als das derzeitige Energiesystem und führen zu Null-Emissionen bis 2030. Kohlestrom ist klar teurer als Solarstrom. Die weitestgehend heimischen Systeme für 100 Prozent erneuerbare Energie sorgen für Energieunabhängigkeit und unterstützen Millionen von lokalen Arbeitsplätzen im Energiesektor. Dass das funktioniert beweisen die Zahlen aus Deutschland: Die Prognosen zum Wachstum der Erneuerbaren wurden bisher immer übertroffen.

Für die politische Seite fordert Hans-Josef Fell: Klimaschutz in die Verfassung, Gesetze für Einspeiseregulungen (Ausschreibungen, Einspeisevergütung, Kombikraftwerksvergütung), Beendigung aller Subventionen für fossile und atomare Rohstoffe, Steuerbefreiung für Erneuerbare, Schmutzsteuer auf Treibhausgasen oder Radioaktivität, Forschungs- und Bildungsoffensive, Beendigung der Widerstände in Genehmigungsverfahren. Als nicht tauglich für wirksamen Klimaschutz nennt er insbesondere Quoten, Zertifikatssysteme und Emissionshandel.



Entwicklung der Erneuerbaren in Deutschland



Energiekosten pro MWh, Entwicklung

Mit drei weiteren kernigen Aussagen schloss Hans-Josef Fell seine Präsentation:

- Hört bitte auf EmissionsRECHTE zu handeln!
- Artenschutz: Es ist der Klimawandel, der Arten gefährdet, nicht die Windräder.
- Wasserstoff ja, aber nur grüner Wasserstoff, gewonnen aus Überschüssen von Solar- und Windstrom!

Energiewende in Österreich

Die diplomierte Ingenieurin Franziska Schöniger von der TU Wien (Energy Economic Group) berichtete über die besonderen Herausforderungen im Umbau der Energiewirtschaft in Österreich. Das Land betreibt keine Kernkraftwerke, produziert aber 24 Prozent der elektrischen Energie mit thermischen Kraftwerken. Der traditionell gute Ausbau von Wasserkraftanlagen ergibt einen grossen Anteil von erneuerbarer Energie im

gesamten Strommix. Die weitere Entwicklung der Wasserkraft muss aber vermehrt ökologische Kriterien beachten. In der Klimastrategie der österreichischen Regierung bis 2030 ist deshalb der stärkste Ausbau bei der Fotovoltaik geplant. Im Gegensatz zum marktorientierten europäischen Auktionssystem kennt das Fördersystem in Österreich fixe Einspeisetarife. Seit 2018 gelten ambitionierte politische Ziele. 2018 wurde die österreichische Klima – und Energiestrategie (#mission2030) formuliert. 2019 erfolgte die Umsetzung in einen nationalen Energie- und Klimaplan (NEKP). Seit 2020 gilt ein Regierungsprogramm «Aus Verantwortung für Österreich» mit den Zielen Klimaneutralität bis 2040, 5 TWh erneuerbarer Gasverbrauch bis 2030 und national bilanziell 100 Prozent erneuerbare Energien in der Stromversorgung bis 2030. Nach Abzug von Regel- und Ausgleichsenergie sowie Industrieerzeugung bedeutet das ca. 92 Prozent Ökostromanteil am Bruttostromverbrauch. Das «Erneuerbaren Ausbau Gesetz 2020 (EAG)» hätte am 1.1.2021 in Kraft treten sollen, hat aber noch nicht alle politischen Hürden genommen und wird nun erneut beraten.

Eine grosse Herausforderung für die Zukunft ist im zunehmenden Flexibilitätsbedarf zu sehen. Der Verbrauch bei den Endkunden unterliegt starken Schwankungen, die Produktion sowohl mit Fotovoltaik wie auch mit Windkraft liefert je nach Wetterlage unterschiedliche Leistungen. Ein wichtiger Aspekt in der künftigen Energiepolitik ist der Einbezug der Bürgerinnen und Bürger in Planungsprozesse, aber auch deren Sensibilisierung für alle Fragen des Energieverbrauchs.

Entwicklung von Erneuerbaren in Europa – Ideen für die Schweiz

Dirk Hendricks, der Generalsekretär der EREF (European Renewable Energies Federation) präsentierte

den europäischen grünen Deal und die Vision für eine europäische Energiewende. Ausgehend vom aktuellen Stand – vor allem auf fossilen Brennstoffen und Kernenergie basierenden, nationalen, zentralen Energiesystemen mit Oligopolen – hin zu erneuerbaren Energien und Energieeffizienz als Kernstück eines stabilen, sicheren, erschwinglichen und demokratischen EU-Energiesystems. Dazu braucht es die Förderung aller erneuerbaren Energiequellen und -technologien. Eine Vielzahl von unabhängigen Stromerzeugern, Energiekooperativen und -gemeinschaften muss zusammenkommen mit grossen Produzenten von erneuerbarer Energie. Es stellen sich Herausforderungen bei der Nachfragesteuerung, der Speicherung, der regionalen Kooperation und der verstärkten Vernetzung nationaler Stromnetze.

Um eine kosteneffiziente Energiewende zu schaffen muss ein starker politischer Wille erreicht werden. Es braucht aber auch Mut, sowie engagiertes langfristiges Engagement für ein nationales Dekarbonisierungsziel wie auch internationale Verpflichtungen. Um das Engagement der Wirtschaft zu sichern braucht es klare und zuverlässige Rahmenbedingungen für den Einsatz erneuerbarer Energien (Investitionssicherheit und -vertrauen) sowie ein neues Energiemarktdesign – mit erneuerbaren

Energien und Energieeffizienz als Kernstücke – das Geschäftsmodelle für Erneuerbare erlaubt. Einfache Finanzierungsstruktur und -instrumente und Zugang zu günstigem Kapital können öffentlich-private Partnerschaften erleichtern. Der «Think Small» Ansatz kann Finanzierungsprogramme für kleine und mittlere EE-Projekte ermöglichen. Dazu müssen aber neue Förderprogramme zwischen grossen und kleinen Projekten unterscheiden.

Von weiteren Referaten mit klaren Forderungen für die Wende in der Schweiz berichten wir im nächsten BULLETIN. ■

Detailinformationen und Links

Auf der Website zur Tagung stellt die Schweizerische Energiestiftung SES die Präsentationen zu den Referaten zur Verfügung.

www.energiestiftung.ch/veranstaltung/fachtagung-2020-power-fuers-klima.html

«Energie und Umwelt»: Publikation der SES, Heft 3/2020, Power fürs Klima

Immer interessant zum Thema Klima:

www.meteoschweiz.admin.ch/home/service-und-publikationen/publikationen.html?=&pageIndex=0&tab=search_tab

energywatchgroup.org Policy Papers

Frühlingsession

Manuela Weichelt, Nationalrätin

Die erste Woche der Frühlingsession ist nach wie vor von Corona geprägt. Das Geldwäschereigesetz, das Mediengesetz und die Justizinitiative beschäftigen den Nationalrat während vieler Stunden.

1. März

Geldwäscherei: Die Mehrheit des Parlamentes will nur eine minimale Verschärfung des Geldwäschereigesetzes und lehnt neue Regeln für Anwälte, Notar*innen und andere Berater*innen ab.

Anlaufstelle für Missbrauch beim Bundespersonal: Der Bundesrat muss abklären, ob es eine unabhängige nationale Anlaufstelle für Meldungen zu körperlicher und sexueller Gewalt, Mobbing oder Machtmissbrauch braucht – in Einrichtungen des Bundes und vom Bund kontrollierten Betrieben. Verschiedene Vorfälle gaben in letzter Zeit zu reden.

2. März

Medien: Fünf Stunden Mediendebatte. Der Nationalrat ist nun endlich bereit, auch Onlinemedien zu fördern und hat dafür jährlich 30 Millionen Franken bewilligt. Darüber hinaus will er die Früh- und Sonntagzustellung von Zeitungen mit 40 Millionen Franken verbilligen. Die Beiträge an die Ermässigung der Zustellungstarife für abonnierte Zeitungen wurden von 30 auf 50 Millionen Franken jährlich erhöht. Nun ist das Geschäft wieder beim Ständerat.

3. März

Corona-Lockerungen: Der Nationalrat erhöht mit 97 zu 90 Stimmen den Druck auf den Bundesrat für schnellere Lockerungen der Corona-Massnahmen. Die Grüne Fraktion entschied sich, der Debatte – wohl aber der Abstimmung – nicht beizuwohnen, da wir es als nicht sinnvoll erachten, dass unabhängig von der epidemiologischen Lage eine sofortige starke Lockerung verlangt wird. Der Bundesrat ist frei, was er mit dieser Erklärung macht. Die mahnenden



Votum für die Stärkung der Pflege.

Worte des SVP-Nationalratspräsidenten Andreas Aebi zu Beginn der Session, der uns zu fairem Handeln in der Corona-Krise aufrief, scheinen vergessen zu sein.

Parteispenden: Die Mehrheit ist für mehr Transparenz. Dagegen ist vor allem die SVP und ein grosser Teil der Mitte-Fraktion.

Flüchtlinge: Schutzbedürftige Menschen – also Personen mit S-Status – können ihre Familien, wie anerkannte Flüchtlinge mit Asylstatus, auch künftig sofort zusammenführen und müssen nicht drei Jahre warten, wie das der Ständerat gerne gehabt hätte.

Umwelt: Das Parlament will den illegalen Handel mit international geschützten Tieren und Pflanzen härter bestrafen. Damit sollen schwere Fälle von illegalem Handel als Verbrechen behandelt werden (z.B. hundert Kilogramm Elfenbein).

Pflege: Ich wiederhole die Notwendigkeit der Stärkung des Pflegebe-

rufs «mantraartig» in jeder Session. Das Parlament will den Pflegeberuf mit einer Ausbildungsinitiative und neuen Kompetenzen stärken, als Gegenvorschlag zur Pflegeinitiative. Der Nationalrat will die Kantone verpflichten, angehenden Pflegefachkräften Beiträge an die Lebenshaltungskosten zu leisten und veranschlagt dafür 469 Millionen Franken. Der Ständerat will aber eine Freiwilligkeit und beantragt nur 369 Millionen Franken. Die zweite Differenz dreht sich um die Frage, für welche Pflegenden, die selbstständig abrechnen wollen, eine Vertragspflicht gelten soll.

Invalidenversicherung: Neu sollen auch für Kinder und Jugendliche Beiträge für Assistenzhunde bezahlt werden. Heute haben nur Erwachsene ein Anrecht auf die Hilfe der Tiere, mit einer Pauschale von 15 500 Franken.

Gleichstellung: Der Bundesrat muss aufgrund eines Vorstosses dafür sorgen, dass alle massgeblichen Statistiken und Studien des Bundes nach Geschlechtern aufgeschlüsselt werden.

Brot und Backwaren: Das Parlament führt eine Deklarationspflicht ein. Das Produktionsland soll an einem für Kund*innen gut sichtbaren Platz angegeben werden.

Sozialer Status: Der Nationalrat hat eine Motion abgelehnt, welche Statistiken zu den Risiken für eine erhöhte Sterblichkeit oder eine Invalidität, je nach sozialer Lage, fordert.

4. März

Trinkwasser, Verminderung von Pestizid-Risiken: Der Nationalrat will eine Offenlegungspflicht für Dünger und für an Landwirtschaftsbetriebe gelieferte Futtermittel. Der Ständerat will nur Düngemittel einbeziehen, nicht aber das Futter. Umstritten ist auch, ob die Kantone zum Trinkwasserschutz mehr Zuströmbereiche von Grundwasserfassungen festlegen müssen. ■

Pandemie im Lager

Natalie Chiodi

22

Im BULLETIN (4/2019) wurde zuletzt über den Alltag der geflüchteten Menschen in Griechenland berichtet. Seit 2015 schildern wir im BULLETIN regelmässig die Situation in Griechenland. Seit 2019 lebt die Präsidentin des Hilfswerks networkANTHROPIA in Griechenland. Dieser Artikel basiert auf ihrem schriftlichen Erfahrungsbericht.

Die Kinder im Lager in Lavrio, 50 an der Zahl, haben im September hoffnungsvoll, nach langer, zäher Vermittlungsarbeit des Teams von networkANTHROPIA, mit der Schule angefangen. Die Freude darüber war gross. Die harte Arbeit hat sich in Form einer sehr guten Beziehung zur Schulbehörde ausbezahlt.

Lockdown

Kurz darauf, am 7. November, wurden die Schulen wegen des Lockdowns leider geschlossen und er dauert bis zum Redaktionsschluss an. Darum ist der Stützunterricht für alle Schüler*innen noch wichtiger geworden. Niemand will, dass die Kinder den Anschluss und auch den Mut verlieren, sie haben eben erst angefangen Griechisch zu sprechen und Freunde zu finden. Auch das Center, in dem für die kurdischen Frauen und Kinder täglich Aktivitäten angeboten wurden, musste geschlossen werden. Weil alle Geflüchteten im Lager eingesperrt sind, möchte networkANTHROPIA erst recht mit seiner Arbeit weitermachen. Dazu kommt, dass unser Hilfswerk eines der Wenigen ist, das in dieser Region überhaupt noch operiert. Darum finden die Gruppenaktivitäten für die Kinder draussen im Hof statt. Wenn das Wetter nicht mitspielt, benutzen die Betreuerinnen den Schulraum. Dort findet neu auch der Stützunterricht für die Primarschüler*innen statt. Die Primarlehrpersonen senden den Schulstoff digital und die Mitarbeitenden von networkANTHROPIA versuchen diesen den Kindern im Lager so gut wie möglich zu vermitteln. Es wird versucht geistige, seelische und körperliche Nahrung während

des Lockdowns zu gewährleisten. Dank grosser Unterstützung aus der Schweiz ist dies immer noch möglich. Das Center wird hoffentlich bald wieder öffnen können, was unendlich wichtig wäre. Die Frauen



Einmal im Monat wird ein Fest gefeiert für alle Kinder, die in diesem Monat Geburtstag hatten.

brauchen ausserhalb des Lagers einen Ort, wo sie zur Ruhe kommen und eine unbeschwerte Zeit verbringen können. Unser Center ist für Viele der einzige Ort der Hoffnung geworden.

Normalität verwandelt

Für die Frauen sind die gemeinsamen Stunden in jeder Beziehung sehr wichtig und wertvoll. Im Lager wohnen bis zu 12 Personen in einem

Zimmer. Wenn das Center geschlossen ist, treffen sich die Frauen im Aussenhof. Die begrenzten Rückzugsmöglichkeiten sind nun noch rarer. Die Frauen können in den gemeinsamen Stunden ihre Sorgen, Nöte und die Enge hinter sich lassen, gemeinsame Zeit verbringen und etwas Nützliches tun. Sie können Sprachen lernen und dabei viel Interessantes über Länder, Menschen und Kulturen in Europa erfahren. Wir sprechen oft über Integration als Türöffner in Europa. Die Frauen sind sehr interessiert und bringen sich engagiert ein. Der Austausch ist angeregt und spannend. Im Atelier erleben wir immer wieder grosse Überraschungen, denn bei vielen Kursteilnehmerinnen zeigen sich ungeahnte Ressourcen. Hinter vielen Frauen, die sich anfangs in einer Schockstarre befanden, verbergen sich schlimme Fluchtgeschichten. Logisch, dass ihre Fähigkeiten erst jetzt so langsam an die Oberfläche gelangen und genutzt werden können. Ungeahnte Talente werden entdeckt und man erfährt viel über die ausgeübten Berufe in ihrer Vergangenheit. Die Frauen sind stolz, wenn ihre Handarbeiten bewundert, verschenkt und auch verkauft werden. Das stärkt ihren Selbstwert und ihr Selbstvertrauen. Insgesamt erleben wir bei vielen Frauen einen bemerkenswerten Wandel. Viele finden zu ihrer Fröhlichkeit, ihrem Lachen und einem Stück Unbeschwertheit zurück. Mit grossem Eifer sind sie an der Arbeit und ihre Tage sind wieder ausgefüllt. Der Kontakt mit uns und dadurch auch zu «draussen» ist für diese Menschen von unschätzbarem Wert. Ihre grosse Trauer und ihre Traumata werden durch sinnstiftende Tätigkeiten, Gemeinschaft und unbeschwerte Momente aufgeheilt.

Kreatives Arbeiten

Gemeinsam werden Kollektionen von nützlichen und begehrten Handarbeiten erarbeitet; auch eine Weihnachtsschmuck-Kollektion ist unter

Berücksichtigung der verschiedenen Ressourcen im Team entstanden. Für und mit den Häkelfrauen werden Muster von Taschen entworfen. Das Stoff- und Näheteam produziert kleine Etuis für Makeup-Utensilien und Stifte. Unsere Näherinnen leisten inzwischen äusserst professionelle Arbeit. Auch Masken werden weiterhin genäht, Corona lässt grüssen. Unsere Frauen nähen fast im Akkord 2000 Masken für ihre Schicksalsgenoss*innen im Moria-camp 2 in Lesbos, wo es keine mehr gab. Die Produkte sind sogar in zwei Boutiquen in der Schweiz ausgestellt und erfreuen sich dort grosser Beliebtheit. Aus dem Freundeskreis von networkANTHROPIA in der Schweiz und Griechenland wird fleissig bestellt. Der Weihnachtsschmuck aus Makramee war schnell ausverkauft.

Kleines Hilfswerk mit viel Verantwortung

Mit unserer Arbeit im Center und in den Camps hat networkANTHROPIA viel Verantwortung übernommen. Wir wünschen uns sehr, dass Frauen und Kinder weiterhin unbeschwertere Momente erleben dürfen. Wir möchten die europäischen Türen öffnen und die Menschen mit unserer Integrationsarbeit unterstützen. Die wirtschaftliche Lage in Griechenland ist wegen der Pandemie wieder in einem desolaten Zustand. NetworkANTHROPIA pflegt gute Beziehungen zu den Griechen vor Ort und fördert sie durch gegenseitiges Kennenlernen. Es wird lokal eingekauft, d.h. Geschäfte, Betriebe und Bauern in und um Lavrio werden täglich berücksichtigt. Zurzeit helfen wir bei der Versorgung von 650 geflüchteten Kurden in zwei Lagern mit wöchentlichen Grossverteilungen von Gemüse und Früchten. Es ist eine grosse Aufgabe, die viel Planung, Organisation und Koordination erfordert und natürlich auch Geld kostet. Die Lager sind autonom, d.h. sie erhalten keine staatliche Unterstützung. Die meisten

Menschen haben weder Papiere noch Geld. Nach Absprache werden einige Leute auch individuell unterstützt; ebenso sind Windeln, Milch und Milchpulver für Babies und Kinder nötig. Eine medizinische Grundversorgung ist mit den gesammelten Medikamenten aus der Schweiz gewährleistet.



Grosse Freude im Lager der Kurden. Es gibt Paprika und Eier für alle – 200 Kilogramm Paprika und Eier. Die Frauen kochen ihre besten Rezepte aus der Heimat. Paprika gehört zur kurdischen Kochkultur, diese zu kaufen können sich die Geflüchteten jedoch normalerweise nicht leisten.

Hoffnungsschimmer

Kürzlich konnte networkANTHROPIA dank einer grossen Einzelspende aus der Schweiz einen Container bestellen und darin eine kleine Krankenstation einrichten. Diese Station wird von einer hochqualifizierten (auch geflüchteten) kurdischen Krankenschwester geleitet, sie setzt sich Tag und Nacht für die Leute ein und steht mit networkANTHROPIA in sehr engem Kontakt. Dies ist für die Menschen vor Ort von grosser

Bedeutung. Der Container wird mit Strom und Wasser versorgt, hat Duschen und Toiletten, Klimaanlage und eine Heizung.

Am 21. Dezember wurde im Lager Weihnachten gefeiert. Die Kinder haben sich Socken mit lustigem Aufdruck gewünscht, dazu konnten wir für alle eine Mütze und Handschuhe

besorgen. Am Tag selber haben wir in der Grossküche zusammen Weihnachtsguetzli gebacken!

Neben unserem Kernprojekt in Lavrio ist networkANTHROPIA noch an verschiedenen anderen Hilfsprojekten in Griechenland aktiv beteiligt und bestens vernetzt. Sehr persönlich begleiten wir immer wieder einzelne Menschen und Familien in grosser Not. Wie immer unbürokratisch und direkt, dort wo die Hilfe am nötigsten ist! ■

Finanzielle Unterstützung

networkANTHROPIA, 8708 Männedorf
SFR Postfinance, Kt. 61-974295-5, IBAN CH64 0900 0000 6197 4295 5
EURO Postfinance, Kt. 91-414252-2, IBAN CH42 0900 0000 9141 4252 2

Ein grosser Effort

Luzian Franzini

24

Seit Ende November 2020 ist das Dokumentationsarchiv Doku-Zug selbst Geschichte. Die 4600 Themendossiers wurden von der Bibliothek Zug übernommen und sind weiterhin zugänglich. Luzian Franzini fragte die Bildungsvorsteherin Vroni Straub (CSP), wie es weitergeht – und wie es dazu kam.

Rund drei Millionen Medienartikel aus dem Doku-Zug wurden im November in die Bibliothek Zug überführt. Was ändert sich nun für recherchefreudige Zuger*innen?

Neben der Lokalität – schräg gegenüberliegend – ändert sich eigentlich nicht viel. Die Medienartikel sind zwar aus Platzgründen nicht mehr frei zugänglich, aber eine Konsultation vor Ort ist weiterhin jederzeit möglich und kostenlos.

Die Dokumentationsarbeit wird jedoch für ausserzugerische Themen ganz eingestellt, über den Kanton Zug wird sie eingeschränkt. Gehen hier nicht wichtige Informationen verloren?

Verloren geht gar nichts – im Gegenteil! Alle Themendossiers lagern jetzt sicher im Kulturgüterschutzraum der Bibliothek und sind über die Archivdatenbank wie auch den Onlinekatalog der Bibliothek erschlossen. Neu werden die für Stadt und Kanton Zug relevanten Dossiers ausschliesslich elektronisch weitergeführt. Das macht sie leichter zugänglich. Ob die Nutzung des digitalisierten Bestandes künftig auch von zuhause aus erfolgen kann, hängt von urheberrechtlichen Bestimmungen ab. Die Dokumentation von ausserzugerischen Themen gehört nicht zum Auftrag der kantonalen und städtischen Bibliothek und ist durch andere Archive und Bibliotheken abgedeckt, beispielsweise das Sozialarchiv in Zürich.

Welche Dienstleistungen und Veranstaltungen sind rund um den Dokumentationsbestand geplant?

Zentral ist die kompetente Beratung von Kundinnen und Kunden, die über zeitgeschichtliche Themen re-

cherchieren. Daneben werden wir den Bestand aktiv dazu verwenden, Recherche- und Informationskompetenzen zu vermitteln. Deshalb möchten wir die Wikipedia-Werkstatt und die Maturitäts-Workshops weiterführen. Intensiviert werden soll die Zusammenarbeit mit den Zuger Schulen. Ausserdem wurde der Bestand bereits für thematische Ausstellungen in der Bibliothek verwendet – z.B. im Zusammenhang mit der Geschichte der Zuger Weihnachtsbeleuchtung oder über die Meilensteine seit der Einführung des Frauenstimmrechts.

Wie viele Personalressourcen werden künftig für Doku-Zug eingesetzt?

Im Moment sind es zusätzliche 100 Stellenprozente. Im Budget 2022 ist eine zusätzliche Vollzeitstelle geplant, welche wir dringend benötigen um die Herausforderungen einer digitalen Dokumentation und eine auf die Zuger Bevölkerung ausgerichtete Vermittlung zu bewältigen. Im Hinblick auf die Retrodigitalisierung aller Medienartikel werden zusätzliche personelle und finanzielle Ressourcen unumgänglich sein. Wenn es nach mir geht, werden wir diese schaffen, denn nur so wird der Schatz, den diese Themendossiers bilden, richtig gehoben werden können. Aber das ist ein Entscheid des Gesamtstadtrates, via Budget des GGR.

Weshalb war die Stadt Zug nicht bereit, das Doku-Zug komplett zu übernehmen und weiterzuführen? Hätte sich die Stadt dies nicht leisten können?

2015 wurde von Daniel Brunner ein politisch breit abgestütztes Pat-



Sicher gelagert und gut erschlossen: Die Themendossiers Doku-Zug

ronatskomitee gegründet, um die Sicherung der Zukunft von Doku-Zug mit einer Public Private Partnership aufzugleisen. Leider konnten keine substanziellen Finanzbeiträge gefunden werden. Keine einzige Gemeinde im Kanton zeigte Interesse am Doku-Zug – auch der Kanton nicht. Die Stadt hingegen – und hier insbesondere mein Bildungsdepartement – stand von Anfang an dem Anliegen positiv gegenüber und war an einer Weiterführung der Zuger Themendossiers sehr interessiert. Ich darf klar sagen – ohne die Stadt Zug und den grossen Effort in meinem Bildungsdepartement gäbe es das Doku-Zug heute nicht mehr. Das Doku-Zug in der bestehenden Form und zu den bestehenden, doch recht hohen, Kosten weiterzuführen hätte nie eine politische Mehrheit gefunden! ■

Bild © Andreas Busslinger

Der Blick versperrt

Grünspecht – ein kritischer Vogel

Das Virus lässt sich von Grenzen und Mauern nicht beirren oder gar aufhalten – schon gar nicht von solchen, welche Menschen errichtet haben. Aber eines macht das Virus deutlich; ideologischen Denkmustern werden die Grenzen aufgezeigt.

«Bei den Grossverteilern darf Unterwäsche verkauft werden, ein Lingerie-Laden im höheren Segment hingegen darf nicht offen sein.» Das sind Worte von FDP-Nationalrätin Regine Sauter in der Arena vom 15. Januar zu den bundesrätlichen Beschlüssen; damit ist auch klar, wo die Prioritäten der FDP-Elite liegen. Es geht doch nicht an, dass ich während sieben Wochen keine neue Gucci-Tasche oder super-teure Lingerie kaufen darf. Da ist der Grünspecht schon bescheidener unterwegs, wir alle tragen das gleiche Gefieder, das uns vor Nässe und Kälte schützt. Kein Gefieder im «höheren Segment».

Noch einen Zacken zugelegt hat der Direktor des Luzerner Gewerbeverbandes, Gaudenz Zemp, der für die FDP im Kantonsparlament sitzt. Gemäss Pilatus Today sagte er in der parlamentarischen Debatte: «Kultur-schaffende, welche nicht genügend talentiert sind, sollen sich überlegen, sich nun umzuschulen.» Wer in der Pandemie um seine Existenz kämpfen muss, sei einfach nicht talentiert genug – ob die vielen Gewerbetreibenden und ihre Angestellten die Botschaft wohl gehört haben?

Die neoliberale Ideologie mit ihrer grundsätzlichen Ablehnung des Staates – zuhause bei FDP und SVP – versperrt den Blick auf die wirtschaftliche und gesellschaftliche Wirklichkeit. Und auf den Bundesrat, der die Corona-Pandemie bei aller Kritik an einzelnen Massnahmen nicht so schlecht meistert, wie dies die Ideologen von rechts lautstark verkünden. Die SVP-Granden verunglimpfen Bundesrat Alain Berset gar als «Diktator».

«Minsk einfach»

Der Grünspecht hat im Internet den «Government Stringency Index»

der renommierten Universität Oxford entdeckt. Der Index gibt an, wie streng oder locker die Corona-Regeln im Vergleich der Länder sind. So spielen etwa Quarantäne-Verordnungen, Grenz-, Schul- und Geschäftsschliessungen, Verbot öffentlicher Veranstaltungen, Kontaktbeschränkungen oder Reiseverbote eine Rolle.

Die Schweiz gehört mit 60 von 100 Punkten im Index zu den europäischen Ländern mit einem mittelstrengen Shutdown. Weit strenger sind etwa Grossbritannien, Portugal oder Deutschland. Am wenigsten streng – oder in der ideologischen Sicht der SVP am freiheitlichsten und am wenigsten diktatorisch – ist Belarus unter Langzeitautokrat Alexander Lukaschenko. Da kann der Grünspecht der SVP-Spitze nur einen Tipp geben: Kauft doch ein Billett «Minsk einfach». Dort können Aeschi und Co sich dann mit den Menschen, die seit den gefälschten Wahlen regelmässig auf die Strasse gehen und dafür willkürliche Verhaftungen und Folter riskieren, über den wahren Wert der wahren Freiheit austauschen.

Kampf dem Virus per Gesetz

Geradezu «realpolitisch irr» (Kommentar in der Sonntags-Zeitung vom 21. Februar) war der Beschluss der rechtsbürgerlichen Phalanx (SVP, FDP und etwas Mitte) in der Gesundheitskommission des Nationalrates, im Covid-Gesetz eine Öffnung der Restaurants mit Datum festzuschreiben, ungeachtet der epidemiologischen Lage. Wie wenn sich das Virus an die Beschlüsse eines Parlamentes halten müsste. Nach dem Motto – unsere neoliberale Ideologie ist absolut richtig; wäre ja lachhaft,

wenn sich ein kleines Virus dem widersetzen könnte. Die Sonntags-Zeitung bringt es auf den Punkt: «Eine solche Haltung kommt jener der Corona-Leugner nahe.» Der gleiche Beschluss der Wirtschaftskommission wird noch mit einem «Maulkorb» für die Experten des Bundes verschärft. Die Pandemie und ihre politische Bewältigung auf der ganzen Welt in den letzten zwölf Monaten haben gezeigt: Die Lehre vom Egoismus, der allen zum Glück verhilft, ist gescheitert. Eigenverantwortlich handeln diejenigen, welche die Gemeinschaft in den Vordergrund stellen.



Corona-Regeln im Vergleich

ourworldindata.org/grapher/covid-stringency-index?stackMode=absolute®ion=World
oder einfach «Government Stringency Index» in Google eingeben.



26

Ein ganz normaler Sühndiumzug in Einsiedeln? Für die Kantonspolizei Schwyz ist die Ansammlung «nicht tolerierbar». Doch beim Sühndiumzug handelt es sich im klassischen Sinne nicht um eine Veranstaltung. Weil niemand veranstaltet, alle einfach mitlaufen. Wären es ernsthaft politisch demonstrierende Menschen (Linke! Junge! mit Velos!) gewesen, hätte man mit Wasserwerfern interveniert. ■

Aufatmen bei den WEF-Gegnerinnen und Gegnern. Corona vertreibt das WEF! ■

Im Dezember – an ihrer letzten Sitzung als Ratspräsidentin – musste Monika Barmet einige Ratsmitglieder vehement ermahnen: «Hunderte Menschen kämpfen auf den Intensivstationen ums Überleben und die Zuger Kantonsräte diskutieren darüber, ob sie zu zweit oder zu viert am Mittagstisch sitzen!» Danke Monika. ■

Bei bandenmässiger Kriminalität reden wir schnell von «Mafia» oder «mafiosen Verhältnissen». Ok. Wenn aber die Zuger Zeitung einen Bericht über kriminelle Machenschaften im Bauwesen betitelt mit «Das ist Sizilien in der Zentralschweiz», dann habe ich Mühe. Ist das jetzt Rassismus im Alltag? ■

Zug sammelt sie weiter, die Rekorde in Sachen

Mobilität. Im Kanton sind es jetzt über 89 000 Personenwagen, also 698 Personenwagen pro 1000 Einwohner. Platz 1 in der Schweiz. Und weiter: Zug ist nationaler Spitzenreiter bei der E-Mobilität. Ja und? Woher kommt die Energie für die E-Autos? Und wem nehmen sie den Platz weg auf den Verkehrswegen? Und warum bezahlen die nichts (Mineralölsteuer) für die Strassen, auf denen sie fahren? Die Verankerung des Mobilitätskonzeptes im kantonalen Richtplan lässt auf sich warten. Viel wichtiger ist scheinbar, dass Autonummern frei vererbt werden können. ■

Tempo 30 auf drei Strassen um den Kolinplatz. Auch die 16 «ansässigen Gewerbler» wollen die Sache nicht vor Bundesgericht bringen. Weiss jemand, wer diese 16 Aufrechten sind? Es spricht immer nur ihr Anwalt. Haben die etwa Angst vor unserem Boykott? ■

Nach wie vor gelten für gewisse Luxusautos (z.B. Ferrari) weniger strenge Klimaziele. Warum? Weil sie von Klein- oder Nischenherstellern produziert werden. Immerhin, das Parlament könnte diese Regelung aufheben. ■

Die Drohnen sind los. Wenn man die Drohnen regulieren und dazu registrieren will, muss gleiches Recht für die

Modellflieger gelten. Geht gar nicht, sagen die Leute vom Aero-Club. ■

Braucht die Schweiz Atomwaffen? Sicher nicht. Aber man weiss ja nie. Der Atomwaffenverbotsvertrag der UNO ist im Januar in Kraft getreten, 50 Länder sind dabei. Die Schweiz hat die Vereinbarung trotz Druck aus dem Parlament bislang nicht unterschrieben. Dabei hat die Schweiz den Vertrag angestossen. 2010 sagte die damalige Aussenministerin Micheline Calmy-Rey vor der UNO-Generalversammlung, dass Atomwaffen illegal sind und delegitimiert werden müssen. ■

Die Kampagne von rechts gegen das CO₂-Gesetz operiert wieder einmal mit Super-Schlagworten: «Wussten Sie, dass das CO₂-Gesetz zu höheren Mieten führt?». Korrekt wäre «höhere Nebenkosten», denn ja, für fossile Brennstoffe würden die CO₂-Abgaben erhöht. Wenn wir den Planeten retten wollen, müssen wir alles unternehmen, um die CO₂-Emissionen in wenigen Jahren auf Null zu bringen. ■

Welchen Einfluss hat Corona auf die AKW-Sicherheit? Wenn EDF (Électricité de France) zwei Drittel ihrer Leute im Atombereich ins Home-Office schickt, kann das schwerwiegende Folgen haben. Im AKW Belleville sollte im Frühjahr 2020

einer von drei Wasserstofftanks ersetzt werden. Monteure eines Subunternehmens haben den falschen Tank von der Wand gerissen, den aktiven statt einen leeren. Explosion, Brand, zwei verletzte Arbeiter. Sicherheitsfachleute von EDF waren nicht vor Ort. ■

Juhui, der Landesindex der Konsumentenpreise sinkt! Was wurde denn billiger? Pauschalreisen ins Ausland, Erdölprodukte und der Luftverkehr. Ja, und einige weitere Importprodukte. Auf wessen Buckel? Auf der ganzen Linie also Pfui-pfui, nicht Juhui! ■

Zeitung. Im Kasten zu einem Artikel steht ein Kurz-Lebenslauf eines Managers. Soweit so gut. Warum aber wird ein jeder Mann beschrieben mit «... der zweifache Vater und Grossvater...». Soll das ein Leistungsausweis sein oder was? ■



Mittwoch, 7. April 2021
Alternative Monatsbar
 voraussichtlich im Siehbach-
 saal Zug.
 Gute Gespräche und feines
 Essen. Ab 18.30 Uhr

Samstag 1. Mai 2021
Tag der Arbeit
 Nähere Angaben folgen

Tagesaktuelle Übersicht der
Veranstaltungen finden Sie
unter: gruene-zug.ch/event

Kino



Vorbehältlich Kino Öffnung!

Volunteer
 Montag, 12. April
 20 Uhr Kino Gotthard



ARADA
 Montag, 10. Mai
 20 Uhr Kino Gotthard



Details siehe: www.fliz.ch

Freundliche Grüsse
 Elke Mangelsdorff
 FLIZ FilmLiebhaberInnen
 Zug

Die Alternativen im Kanton Zug

Alternative – die Grünen Zug
 Metallstrasse 5, 6300 Zug
 041 711 99 09
www.alternative-zug.ch
info@alternative-zug.ch

Öffnungszeiten Sekretariat:
 Montag und Dienstag am
 Nachmittag
 Freitag den ganzen Tag

Alternative – die Grünen Baar
 André Guntern
info@alternative-baar.ch

Alternative – die Grünen Cham
 Roman Ambühl
cham@alternative-zug.ch

Grünes Forum Hünenberg
 Rita Hofer
info@gruenes-forum-huenenberg.ch

Alternative – die Grünen Menzingen
 Marianne Aepli
m.aepli@gmx.ch

Forum Oberägeri
 Philipp Röllin
roellin.ph@bluemail.ch

Grüne Risch-Rotkreuz
 Hanni Schriber-Neiger
mail@gruene-rischrotkreuz.ch

Grüne Steinhausen
 Edith Seger Niederhauser
 Postfach 123
 6312 Steinhausen
steinhausen@gruene-zug.ch

Alternative – die Grünen Unterägeri
 Cornelia Mayinger
cornelia.mayinger@datazug.ch

Alternative – die Grünen Stadt Zug
 Metallstrasse 5, 6300 Zug
info@alternative-stadt.ch

Junge Alternative Zug
 Delia Meier
 Metallstrasse 5, 6300 Zug
junge@alternative-zug.ch

Alternative Grüne Fraktion im Kantonsrat
gruene-zug.ch

Grüne Partei Schweiz
gruene.ch



Facebook
fb.com/AlternativeZug



Twitter
[@AlternativeZG](https://twitter.com/AlternativeZG)



Instagram
[@alternativegruene](https://instagram.com/alternativegruene)



WhatsApp-Newsletter
 Sende deinen Namen per
 WhatsApp an 079 519 81 91

Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der AutorInnen. Die Inhalte der Artikel entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung des Vorstands oder der Fraktion der Alternativen – die Grünen

BULLETIN Nr. 1, 27.3.2021 erscheint viermal jährlich.

Herausgeber:
 Verein DAS BULLETIN

Adresse:
 BULLETIN Alternative – die Grünen Kanton Zug, Metallstrasse 5, 6300 Zug

Redaktion:
 Natalie Chiodi, Luzian Franzini, Hansjörg Glauser, Hansruedi Küttel, Lorenzo Martinoni

Kontakt:
bulletin_redaktion@bluewin.ch

Lektorat:
 Trix Gubser, Berty Zeiter

Fotos: Paula Gisler

Gestaltungskonzept:
 S.H.E.D. GmbH

Produktion:
 Satz, Bild und Druck:
 DMG Zug, dm.g.ch

Gedruckt auf Refutura GSM, 100% Altpapier, Blauer Engel, FSC-zertifiziert

Nutzaufgabe: 800 Ex.

Abonnement: Fr. 25.–
 KleinverdienerInnen: Fr. 10.–
 Unterstützungsabo: Fr. 50.–

Mitglieder der Junge Grünen erhalten das BULLETIN gratis

Mitgliederbeitrag Verein DAS BULLETIN: Fr. 100.–

Einzahlungen auf:
 Verein DAS BULLETIN,
 6304 Zug, PC 60-30584-6

Redaktionsschluss
Nr. 2/2021:
 Freitag, 11. Juni 2021

Erscheinungsdatum
 Samstag 3. Juli 2021

DAS BULLETIN
bulletin-zug.ch

P.P. 6300 ZUG Post CH AG

Adressberichtigungen melden:
Alternative - die Grünen Zug,
Metallstrasse 5, 6300 Zug
info@alternative-zug.ch

